

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Tagesblatt Riesa.
Verlag: Nr. 22.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkammer: Dresden 1700
Zustellort: Riesa Nr. 22.

Nr. 244.

Mittwoch, 18. Oktober 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 170.— Mark ohne Frangierlohn, durch die Post frei Haus 180.— Mark. Einzelnummer 10.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 12.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 5.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Beitrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Auf Blatt 223 des Handelsregisters, die Firma N. O. Richter & Co. in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Der Inhaber Johann Friedrich Hermann Schuchardt ist durch Tod anseelschieden. Elise verw. Schuchardt geb. Gollbauer in Riesa, Erbin des oben Genannten, ist Inhaber. Der Kaufmann Max Sagemann in Riesa ist in das Handelsregister eingetragen. Die Handelsgesellschaft hat am 8. August 1921 begonnen. Die obengenannte verm. Schuchardt ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Amtsgericht Riesa, den 16. Oktober 1922.

In das Güterrechtsregister ist heute eingetragen worden: Seite 153, den staatl. gepr. Dentist Friedrich Wilhelm Albin in Riesa und dessen Ehefrau Vertha Frieda geb. Friedli betr.: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu betreiben und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. Amtsgericht Riesa, den 16. Oktober 1922.

Vieh- und Jahrmarkt betr.

Wegen des am 21. Oktober 1922 hier stattfindenden Viehmarktes wird auf folgenden hinweisen:

1. Alles mit der Eisenbahn von außerhalb Sachsens eingeführte Vieh muß bei der Entladung bescheinigungsfähig untersucht werden und, wenn dies nicht möglich ist, muß die Untersuchung in einem Schlachthaus, jedenfalls aber vor Verbringung des Viehes auf den Markt erfolgen.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 18. Oktober 1922.

— Eisenbahnunglück auf hiesigem Bahnhofs. Bei Einfahrt des Elsterwerder Güterzuges heute morgen in der 10. Stunde streifte in der Nähe des hiesigen Güterbahnhofes eine Lokomotive den Packwagen, dadurch wurden etwa 8 Wagen aus den Gleisen gehoben und einige Wagen schwer beschädigt. Der Personenzugverkehr konnte aufrechterhalten werden.

— Öffentliche Schulausschulung. Morgen Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 8 Uhr findet im Rathaus-Sitzungsraum öffentliche Schulausschulung statt.

— Der Verein für Volkshilfe und Kunstpflege eröffnete gestern bei sehr gutem Besuch in Hofners Saal seine Dichtabend mit Friedrich Heine. Mit wenigen Worten über ihn, aber um so mehr von ihm, brachte uns Heine heute nicht nur durch eine gute Auswahl, sondern auch durch vortreffliche Ausdrucksmittel seine Dichtungen nahe, bei denen wir insonderheit in prägnanter Form den großen Lyriker bewundern. Als besonders wohlgelesen erschienen uns die Ballade Belshazzar, Aus: Deutschland, ein Wintermärchen, die stimmungsvollen Seegesellen und einige kleine Gedichte des 2. Teils der Vortragsfolge, so das auch noch heute recht zeitgemäße Mein Kind, wir waren Kinder und Am Teufel. Und trotz aller Bewunderung für Heine: zu erwärmen vermag er uns durch seine Dichtungen allein nicht recht. Dazu fehlt ihm der feste Charakter. Hätten nicht große Romantiker unter den Dichtern, wie Jensen (Rebn' deine Wang), Mendelssohn-Bartholdy (Neue Liebe und Auf Flügel des Geliebten) und insbesondere Robert Schumann (Das padende Gemälde, Der arme Peter, die bei aller Innigkeit leidenschaftliche Votoschlume, Ich große nicht und das Schmuggelwit Wit Worten und Rosen) Genie die in ihrer Weise erschlossen, daß sie ihn „ernst“ nahmen und seine Lyrik ohne ironischen Beigeschmack in stimmungsvoller Weise vertonten, er hätte trotz seines Geistes und Empfindungsgehaltes zweifellos nicht so den Weg zu uns gefunden. Rein Wunder daher auch, daß die vorzügliche Interpretation seiner vertonten Lieder durch Frau Emmy Böring mit feinsinniger Begleitung im Schönbaum am Flügel den rechten Ton zum Herzen fand. Es.

— Wer will zur Polizei? Am 15. November beginnt in Riesa ein neuer Lehrgang für Polizeianwärter. Dazu können sich unverheiratete junge Leute aller Stände zwischen 19 und 28 Jahren melden, die einen festen Lebensberuf ergreifen wollen, unbescholten, seit zwei Jahren sächsische Staatsangehörige, mindestens 1,68 Meter groß sind und körperliche und geistige Gesundheit für den Polizeidienst zeigen. Vor der Einkleidung müssen sich die Bewerber einer polizeiarztlichen Untersuchung und einer einfachen Allgemeinprüfung unterziehen. Gefühle sind an die Sächsische Landespolizeiverwaltung, Abt. Alll, Dresden-N. 1, Schloß, zu richten.

— In spät eingereichte Kandidatenliste. Die Liste der sogenannten Wirtschafts- und Ausbaupartei für den Wahlkreis Leipzig ist zu spät eingereicht worden und kommt deshalb für diesen Wahlkreis nicht mehr in Betracht.

— Ein sächsischer Nachtragsetat für 1922. Dem am 5. November neu zu wählenden Landtag wird alsbald nach seinem Zusammentreten ein Nachtragsetat für 1922 vorgelegt werden, der riesige Nachforderungen auf fast allen Gebieten sowohl in sachlichen, als auch in persönlichen Ausgaben bringen wird. Die neuen Zahlen heben auch jetzt noch nicht alle fest, aber es läßt sich bereits sagen, daß die Nachforderungen etwa eine Milliarde erreichen werden. Der neue Staatshaushaltplan für 1923 wird nicht, wie sonst üblich, gleich nach Eröffnung des Landtags vorgelegt werden, sondern erst im Januar nächsten Jahres.

— Sozialdemokratische Regierung und Arbeitsminister. Sachlen hat sich, wie aus dem Arbeitsministerium mitgeteilt wird, zu den Gesetzentwürfen über ein Arbeitsgerichtgesetz dahin entschieden, daß es für die Verhinderung der Sonder-Gewerbe- und Kaufmannsgerichte unter entsprechendem Ausbau der seitigen Einrichtung eintreten werde. Zum Referentenentwurf eines Reichsgesetzes über Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen hat die sächsische Regierung der Reichsregierung gegenüber die Forderung erhoben, daß die im Entwurf vorgesehene Beschlagnahme und Enteignungsbefugnis sich nicht nur auf die vom Abbruch bedrohten und betroffenen Gegenstände, sondern auf die gesamten Betriebe mit Einschluß der Grundstücke erstreckt und daß, soweit eine Enteignung in Frage kommt, diese nicht, wie der Entwurf vorsieht, gegen

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 2896 Mark.

eine angemessene im ordentlichen Rechnungswege ansehbare Entschädigung, sondern gegen eine unanfechtbare Entschädigung, die nicht angemessen zu sein braucht, erfolgen kann.

— Die Rotierung der Kartoffelpreiskommission vom 16. ds. Mts. lautet auf 400 bis 430 Mark für weiße, rote und gelbschwarze Sorten.

— Gemeindebeamten tag in Döbeln. Ueber die Verhandlungen am Montag wird weiter berichtet: Nach einem ausführlichen, alle Momente der Frage umfassenden Bericht des Bundesdirektors kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Vorgänge in der deutschen Beamtenbewegung, die schließlich zur Annahme einer Entschließung führte, die unter allen Umständen zum Festhalten an der Einigkeit im Bunde auffordert und die Erfüllung verschiedener Forderungen vom D. V. B. verlangt. Im Anschluß daran sind verschiedene Satzungsänderungen nach dem Beschluß des Bundesvorstandes angenommen worden. Die Wahlen zum Bundesvorstand ergaben: 1. Vorsitzender P. A. T. e. r. e. s. d. r. e. s. 2. Vorsitzender R. o. b. e. r. t. 3. Vorsitzender R. o. b. e. r. t. 4. Vorsitzender F. e. r. b. e. r. Leipzig, Schriftführer U. b. r. i. c. h. t. R. a. b. e. u. s. Schriftführer W. e. b. e. r. Dresden. Die Bundesrechnung auf das Jahr 1921 sprach man unter Entlastung des Schwarmleiters und des Bundesvorstandes richtig. Genehmigt wurde ferner der Haushaltsplan für das Jahr 1922 und der Voranschlag für 1923. Weiter genehmigte man die vom Bundesvorstand vorgelegenen Bestimmungen für die Unterstützungsrücklagen, Bestimmungen über den Schatzfonds und Grundzüge über Gewährung von Darlehen, sowie einer nachträglichen Erhöhung des Sterbegeldes. Für Aus-, Vor- und Fortbildung aller Gruppen bewilligte man 200 000.— Mark. In Bezug auf die Einheitskatalogographie beschloß die Hauptversammlung, von der Reichsregierung unbedingt Festhalten an der Beschaffung einer deutschen Einheitskatalogographie im Hinblick auf die großen wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile und die Reichseinheit zu fordern. Man beschloß weiter, dahin vorstellig zu werden, daß für die Gemeindebeamten in Bezug auf die Vorauszahlung der Gehälter die gleichen Bestimmungen getroffen werden, wie für die Reichsbeamten gelten. Als nächster Ort der Hauptversammlung wurde Bayreuth bestimmt.

— S. N. Freiwillige Vorauszahlung von Kirchensteuern. Im Verordnungsblatt des Landesfinanzamts ist soden eine Verordnung über die freiwillige Vorauszahlung von Kirchensteuern für das Jahr 1922 erschienen. Für die zumeist notleidenden Kirchgemeinden hat diese Verordnung eine um so größere Bedeutung und verdient um so mehr Beachtung, als es zur Erhebung einer endgültigen Kirchensteuereinkommensteuer für 1921 neben der bereits erhobenen vorläufigen Kirchensteuereinkommensteuer für 1921 voraussichtlich nicht mehr kommen wird. Seinen Grund hat dies darin, daß der Reichsfinanzminister das Nebeneinanderbestehen von vorläufiger und endgültiger Kirchensteuer für unzulässig erklärt hat, nachdem das Reich bereits für 1921 den Unterschied zwischen vorläufiger und endgültiger Kirchensteuereinkommensteuer formell beseitigt hat. Es wird deshalb für 1921 bei der bereits erhobenen Kirchensteuereinkommensteuer, die den Charakter einer endgültigen nachträglich erhalten muß, verbleiben. Die Vorarbeiten für die Erhebung einer Kirchensteuereinkommensteuer für 1922 sind im Gange.

— Gegen die Militärvereinsverordnung. Alpinist protestiert der Sächsische Militärvereinsbund in folgendem Schreiben: „In dem Augenblick, in dem der preussische Minister des Innern die Beteiligung der Gewerbetreibenden und die Abgabe des Ehrenzeichens bei Vererbungen von Feldzugssteuereinkommen ausdrücklich wieder gestattet, wird den sächsischen Militärvereinen durch eine Verordnung des Ministers des Innern die Abgabe des Ehrenzeichens und dadurch die letzte Ehre gegenüber den alten Veteranen genommen. Das Präsidium des Sächsischen Militärvereinsbundes hat gegen die Verordnung sofort energisch Einspruch erhoben.“

— Rauppreis für verlebene Ordenszeichen. Bekanntlich können Ordensinhaber oder ihre Hinterbliebenen auch solche Ordenszeichen zu bestimmten Preisen dauernd erwerben, die nach dem Zeit der Verleihung gültigen Bestimmungen beim Tode des Inhabers an die Staatsregierung zurückgegeben werden mußten. Solche Ordenszeichen sind für manche Familien wertvolle Erinnerungsstücke. Da der Silberwert der Orden infolge der außerordentlichen Geldentwertung sehr beträchtlich gestiegen ist, werden in Sachsen nach dem Willkür anderer

länder die mit Verordnung des Gesamtministeriums vom 19. Juli 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 171 vom 28. Juli 1920) festgesetzten Preise für den dauernden Erwerb solcher Ordenszeichen mit Wirkung vom 15. Oktober ab auf das Zweifache erhöht.

— Ruß- und Brennholznot. Nirgends zeigt sich die Geldentwertung deutlicher als bei öffentlichen Verkäufen, besonders wenn es sich um Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Ruß- und Brennholz handelt. Auch bei den Holzauktionen in den sächsischen Staatsforsten sind beträchtliche Preissteigerungen beobachtet worden. Und doch hat die Entwidlung des Reinertrages der Staatsforsten mit dem weiteren Fallen der Mark nicht gleichen Schritt halten können. Einmal, weil die Löhne der Waldarbeiter seit Anfang 1922 um ein Vielfaches gestiegen sind und weil andererseits die Staatsforstverwaltung den weitestgehenden Teil des verfügbaren Brennholzes unter dem Marktpreis an die Gemeinden zur Verteilung an Bedürftige und Schwertragsverletzte abgegeben hat. Soll nicht Raubbau im Walde getrieben werden, so darf voraussichtlich längere Zeit hindurch nicht über einen Verholzungsschlag von 500 000 Festmetern hinausgegangen werden. Schwere Schäden haben die Kammenschwämme den sächsischen Wäldern bis hinauf ins Erzgebirge und das Vogtland zugefügt. Da der Vermittlung sich bisher als wirksames Kampfmittel gegen dieses gefährliche Insekt erwiesen hat, so muß unter Aufwand großer Mittel schon jetzt Vorkehrungen getroffen werden, daß die gefährdeten Bestände im kommenden Frühjahr ausreichten und rechtzeitig Leimlöcher erhalten können. Die zum Absterben gedachten Hölzer werden beschleunigt zum Einslag gebracht, so in der Sächsischen Schweiz eine Fläche von 200 bis 300 Hektar. Zweck Hebung der Bodenkraft und Erzielung von Nährstoffen ist in diesem Jahre in umfangreicher Weise der Aufbau und Unterbau von Raubholzern erfolgt. Auch sind die notwendigen Maßnahmen getroffen worden, um den Ertrag der in den Staatsforsten vorhandenen Wälder nach Möglichkeit zu heben.

— Der Verband Sächsischer Hausbesitzervereine hat an die Leitung des Wahlausschusses der Wirtschaftspartei des Mittelhandes folgenden Brief gerichtet: „In der Erkenntnis, daß die Wirtschaftspartei vor zwei Jahren die Niederlage des Bürgerturns verduldet hat und die Zeit, bei den bevorstehenden Landtagswahlen mit Erfolg für eigene Kandidaten zu arbeiten, zu kurz ist, lehnt der organisierte sächsische Hausbesitz es entschieden ab, sich offiziell irgendwie mit dem erneuten Sondervorgehen der Wirtschaftspartei anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl einzulassen. Der Herr Verbandsvorsitzende hat weiter ausdrücklich festgesetzt, daß der Hausbesitz kein Bündnis mit der Wirtschaftspartei geschlossen und die Wirtschaftspartei keine Veranlassung habe, irgendwie in dem kommenden Wahlkampf mit dem Hausbesitz zu parieren. Da trotzdem mit dem unterfertigten Verbands Mißbrauch getrieben wurde — wir erinnern nur an die Wahlvermittlung in Schandau am 12. Oktober — sind wir gezwungen, sie auf die vorstehenden Punkte nochmals ausdrücklich hinzuweisen. Wir betonen, daß die bürgerlichen politischen Parteien uns nach Möglichkeit bei der Aufstellung ihrer Listen entgegenkommen sind und wir eine Verpöterung des Bürgerturns durch ein völlig ausfallsloses Unternehmen für äußerst gefährlich und verwerflich halten nicht nur für den Hausbesitz, sondern für das gesamte sächsische Volk überhaupt.“

— Die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktlage, die bisher infolge ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie als günstig bezeichnet werden konnte, verflüchtigt sich immer mehr. Aus allen Bezirken des Landes werden Arbeiterentlassungen und Arbeitsverlängerungen in der Industrie gemeldet; Renteneinstellungen erfolgen auch nur verhältnismäßig spärlich. Infolgedessen erwächst den öffentlichen Arbeitsnachweisen in erhöhtem Maße die Pflicht, Erwerbslose in der Landwirtschaft unterzubringen, die zurzeit der einzige noch ausnahmefähige Beruf ist. Diese Ausnahmefähigkeit erstreckt sich im großen ganzen aber nur auf ledige Arbeiterkräfte, wobei zu berücksichtigen ist, daß zwar weibliche Personen Beschäftigungen finden, soweit sie sich nur einigermaßen für die Landwirtschaft eignen, daß jedoch ungeliebte männliche Personen, besonders über 18 Jahre alte, trotz des Arbeitermangels von den Landwirten nur ungern angenommen werden. Die Arbeit mit dem Spannvieh und dessen Wartung und Pflege setzt wie so manche andere landwirtschaftliche Tätigkeit neben ausreichenden Kenntnissen eine gewisse Veranlagung voraus, die den meisten in nicht landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten, jungen Leuten abgeht und in solchen Fällen auch nicht angelehrt werden kann. Nicht unterzubringen sind aus verschiedenen Grün-

sehr braves Bild gab ein Schulmädchen ab. Er hatte in der Verfolgung eines vor ihm flatternden Hundemärchens achsellos in einen harten Kubus getreten. Daran hatte sich dann ein Hundemärchen beim Draufsetzen festgeklebt. Der Junge hatte keine Ahnung, daß er schon einen Hundemärchen am Fuße kleben hatte und ließ in blinder Eile dem vor ihm flatternden Schmeißer nach, bis er ihn erwischt hatte. Er freute sich riesig, als er bemerkte, daß er zwei Schmeißer gefangen hatte. — Noch einmal werden die Schmeißer in die Schärze geschickt. Ob es alle waren? Wer den Schaden dabei hatte, braucht natürlich für den Spott nicht zu sorgen.

Wietzrop. Die hiesigen sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder beschloßen, ihre Ämter niederzulegen, weil sie mit der Amtstätigkeit des Gemeindevorstandes, besonders in Wohnungsangelegenheiten, unzufrieden waren.

Warnsdorf. Zwischen einer Schmugglerbande, die Waren von Sachsin nach der tschechoslowakischen Grenze wollte, und tschechoslowakischen Grenzbeamten kam es zu einer Schießerei. Von den 80 Mann starken Schmugglerbande sind 9 Personen festgenommen worden.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 18. Oktober 1922.

Vor der neuen Erhöhung der Postgebühren.

Paris. Der Reichspostminister hat in einer Besprechung den Mitgliedern des Verkehrsbeirates Vorschläge für die erhöhte Gebührenordnung unterbreitet. Die Postkarte soll im Ostverkehr 8 Mark, im Fernverkehr 9 Mark, die Briefe sollen im Ostverkehr bis 20 Gramm 4 Mark, bis 100 Gramm 8 Mark und bis 250 Gramm 12 Mark kosten, im Fernverkehr entsprechend 12, 18 und 20 Mark. Die Druckgebühren sind für 25 Gramm auf 2 Mark, bis zu einem Kilogramm auf 20 Mark erhöht. Bei den Telegrammen soll künftig ohne Rücksicht auf die Entfernung eine Grundgebühr von 20 Mark und daneben eine Wortgebühr von 10 Mark erhoben werden; dafür fällt die Mindestgebühr fort. Die Ferngesprächsgebühren sollen die doppelten der jetzigen Gebühren einschließlich der Fernsprechanlagen betragen. Die Erhöhung für die laufenden Gebühren soll mit Wirkung vom 1. Januar 1923, für die einzelnen Gebühren mit Wirkung ab 1. Dezember 1922 in Kraft treten.

Die Stabilisierung der Mark auf 750 für einen Dollar.

Paris. „Chicago Tribune“ behauptet zu wissen, daß Woodrow Wilson aufgefordert worden sei, als amerikanisches Mitglied in die geplante neue Kommission zur Stabilisierung der deutschen Mark einzutreten. In englischen Kreisen der Reparationskommission habe man gestern bereits verächtlich, daß Wilson vertraulich zugeflickt habe, der Aufforderung nachzukommen, wenn es von allen beteiligten Mächten in freundschaftlichem Einvernehmen gewünscht werde. Bradbury beschließt, die Mark auf etwa 750 für einen Dollar zu stabilisieren. Ein weiterer Anlauf werde aber möglicherweise zwingen, für die Stabilisierung 1000 Mark für einen Dollar anzusehen.

Der Gegenvorschlag Barthous.

Paris. „Petit Parisien“ schreibt: Der von Barthou in der Reparationskommission angekündigte französische Gegenvorschlag zur Stabilisierung der Mark sei durch die französischen Sachverständigen der Reparationskommission ausgearbeitet worden. Volcarré werde heute nachmittag Kenntnis von dem Vorschlag nehmen. Es sei zu erwarten, daß Volcarré selbst als auch Barthou Änderungen verlangen werden. Wahrscheinlich werde man aber schließlich einen viel eingehenderen Entwurf ausarbeiten als der, der von der französischen Delegation anlässlich der Londoner Konferenz im August vorbereitet worden sei. — Der „Matin“ erklärt, die Vorschläge Barthous würden sich streng auf Kontrollmaßnahmen beschränken.

Orientfragen.

Paris. Eine Meldung aus Konstantinopel besagt, daß dortige nationalistische Blatt berichtet, daß die Nationalversammlung beschlossen habe, auf der Abhaltung einer Friedenskonferenz in Smyrna zu bestehen.

London. Die britische Regierung landete gestern an die italienische Regierung eine Note über die Kündigung des **Todesdances-Abkommens**, worin gegen diese Kündigung Einspruch erhoben wird, da es sich um eine internationale Frage handle, die nur durch eine Friedenskonferenz in Angriff genommen werden könne. Die Auffassung der italienischen Regierung geht dahin, daß das Abkommen von 1920 eine Folge des Vertrages von Sevres gewesen sei, und daß, da dieser nicht mehr existiere, das Abkommen zwischen Italien und Griechenland von selbst bündig werde. Die italienische Regierung müsse mit freien Händen zur Friedenskonferenz kommen.

London. Der Vorschlag der britischen Regierung, am 20. Oktober die Konferenz von Sachverständigen zur Vorbereitung eines neuen Friedensvertrages mit der Türkei in London zusammenzutreten zu lassen, wurde von der italienischen Regierung angenommen. Doch ist es zweifelhaft, ob ihre Sachverständigen bereits zu dem genannten Datum in London sein können. Gewisse Bedingungen des Vertrages von Sevres müssen vollkommen umgestaltet, andere ergänzt werden. Das Arbeitsfeld der vorgeschlagenen Sachverständigenkonferenz ist sehr ausgedehnt und umfaßt sämtliche Fragen, die sich auf die osmanische Schuld, auf Ägypte und Ueberwachung des Budgets, auf die Häfen, Eisenbahnen usw. beziehen. Die mit den Kapitalationen zusammenhängenden Fragen können nur durch ein internationales Abkommen gelöst werden.

Paris. In ihrer Antwort auf den englischen Vorschlag, am 20. Oktober in London eine Konferenz von Sachverständigen zusammenzutreten zu lassen zur Vorbereitung der wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Vertrages mit der Türkei wird die französische Regierung, einer Savasmedung zufolge, auf die Nachteile hinweisen, die sich von vornherein aus der Wahl Londons ergeben könnten, und wird mit Rücksicht auf die jüngsten antifröhen Kundgebungen Paris vorschlagen. Der Vertreter von Savas in London meldet, die Zusammenkunft der Sachverständigen werde nicht vor Mitte nächster Woche stattfinden können. Die englischen Sachverständigen sollen unter den Spezialisten für Orientfragen gewählt werden und unter denen, die gegenwärtig bei der osmanischen Schuldverwaltung tätig sind. Ihnen werden Beamte des Ministeriums des Reichens beigegeben werden.

Ein amerikanisches Militärflugzeug verbrannt.

San Antonio, Texas. Das Militärflugzeug G. W. geriet, als es aus der Halle geschafft wurde, in Brand und wurde völlig zerstört. Vier Leute der Besatzung sind verletzt worden.

Explosionsunfall.

Chalons sur Marne. Auf dem Schießplatz wurden durch die Explosion von Handgranaten zwei Soldaten getötet und zwei Offiziere und zwölf Mann mehr oder weniger schwer verletzt.

Ausländische Kommunisten in Paris verhaftet.

Paris. Die Pariser Polizei hat gestern zwei ausländische kommunistische Delegierte zum französischen Kom-

munisten-Kongress verhaftet, die der kommunistischen Bewegung angehören. Es handelt sich um Verzeihen gegen Vorwürfen. Als Vertreter der russischen Kommunisten sprach gestern Manuiloff und erwähnte, es sei das erste Mal, daß ein russischer Kommunist einem Kongress der französischen Kommunisten beizuhöhe.

Internationale Seerechtskonferenz.

Brüssel. Gestern nachmittag wurde hier die 4. internationale Seerechtskonferenz eröffnet.

Die Räumung Brasiliens.

Konstantinopel. Der Abmarsch der griechischen Armee geht in Uebereinstimmung mit den getroffenen Abmachungen vor sich. Italienische Truppen haben Thessaloniki und Silivria besetzt. Eine griechische Abteilung ist von Rhodos getrennt zu Schiff abgefahren. Duelleburoas und Nikitissa, die schon fast vollständig geräumt worden sind, machen die Ankunft aller Truppen in kurzer Zeit erforderlich, um Unordnung zu vermeiden. Im Einverständnis mit dem griechischen Kommandanten von Adrianopel ist beschlossen worden, französische Truppen gestern dorthin abzuschicken.

Vermischtes.

Einmarsch eines Rüstungszuges. Aus Pina wird gemeldet: Montagabend ist der Zug der Rüstung von Lausitz an der Präm eingetroffen. Durch den Einmarsch wurden die beiden Emporen heruntergerissen und die Treue vernichtet. Ein neben der Kirche stehendes Haus ist zur Hälfte zerstört worden. Hierbei wurde eine in diesem Hause wohnende Eisenbahnerfamilie verhaftet. Zwei Anaben im Alter von drei und vier Jahren wurden getötet, während die Mutter und zwei kleinere Geschwister verletzt wurden. Der Einmarsch des rüstungszuges ist durch die ungewöhnlich starken Niederschläge der letzten Monate beschleunigt worden.

Raubmord. Im Dorf Hobbegarten bei Mäncheberg wurde morgens gegen 6 Uhr der 72 Jahre alte Georg Pasche, der mit seinem 80-jährigen Bruder eine Landwirtschaft betreibt, im Kuhstall tot aufgefunden. Es liegt offenbar Raubmord vor. Der Tat verdächtig ist ein zweiundzwanzigjähriger Mann, angeblich ein Ungar, der am Donnerstag bei Pasche in Arbeit getreten war und jetzt verhaftet ist. Er hat mit dem Landwirt das Vieh gestiftet und ihn dabei wohl überfallen und ermordet. Dann durchsuchte er die Taschen seines Opfers, durchwühlte einen Kleiderkasten in der Wohnstube und zog einen Ring des Ermordeten an. Sein eigenes Jackett, das Blutspuren aufwies, ließ der Mörder liegen. Die Tagesnahme von 3000 bis 5000 Mark fehlt.

Opfer ihres Berufes. Während drei Monteur mit einer Reparatur an der 2000 Volt starken Transformatorstation in Spiegelau (Niederbarnim) beschäftigt waren, wurde der Strom eingeschaltet. Alle drei wurden getötet.

Stiebt ein schweres Automobil auf. Bei Vorkingen wurde der Kraftwagen des Greiner Fabrikanten Bruno de Greiff, des früheren Vorsitzenden der Greifer demokratischen Organisation, in einen Graben geschleudert. De Greiff und seine Frau wurden getötet und drei andere Insassen schwer verletzt.

Zwei Sägewerkoffiziere unter Totschlaganklage. Zwei ehemalige Offiziere des an der Niederwerfung der Berliner Märzunruhen im Jahre 1919 beteiligten Freikorps Hilgus, Leutnant A. T. und jetziger Kaufmann Stegmund Gekalla aus Erfurt und Mitstreiter A. D. Rittergutsbesitzer Wilhelm von Derven aus Berlin, standen Montag vor dem Schwurgericht des Berliner Landgerichts 1 unter der Anklage des Totschlages. Der Anklage liegt die Ermordung zweier Bewohner aus der Dolmarstraße, des hiesigen Abtrahamson und des Klempnermeisters Ballmann, zugrunde, die auf Befehl des Leutnants Gekalla, der zu dem Tode des Mitstreiters von Derven gehörte, am 18. März vorgenommen wurde, da bei den genannten Personen bei einer Hausdurchsuchung Waffen und Munition gefunden wurden. Bei seiner Vernehmung schilderte Gekalla ausführlich die Lage in Berlin während des Spartakisten-aufstandes im März 1919. Außerdem seien aus den Häusern Schiffe gefallen und unter den Truppen furierten zahlreiche Gerichte über die schrecklichen Greuelthaten der Spartakisten. Für die Offiziere des Freikorps bestanden die bei Offiziersbesprechungen mündlich erteilten Befehle, bei Hausdurchsuchungen die Leute sofort handrechtlich zu erschlagen, bei denen Waffen gefunden wurden. Schriftliche Befehle hätten nicht vorgelegen. Auch der sogenannte Rostke-Befehl nicht, dessen angebliche Abänderung dem Angeklagten erst später bekannt geworden sei. Mitstreiter v. Derven erklärte, Rostke habe damals in einer Verammlung der Freikorps ausdrücklich erklärt, daß er jeden Angehörigen der Korps schützen werde, der im Eifer etwas zu weit gegangen sei. Oberpräsident Rostke aus Hannover legte ausführlich dar, aus welchen Gründen er seiner Zeit als Minister den vielbesprochenen Erlaß für notwendig gehalten habe. Im übrigen gab er der Meinung Ausdruck, daß Gerichtsverhandlungen heute nicht geeignet seien, ein richtiges Bild der Stimmungen und Zustände im Anfang des Jahres 1919 zu geben. Nach Schluß der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung der wegen Totschlages Angeklagten. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung sämtliche Schuldfragen, worauf das Gericht die Angeklagten freisprach.

Früher Winter in Rügen Reich. Aus Schreiberhau i. Rügenberge wird uns geschrieben: Es will an sich nicht allzuviel beklagen, daß bereits der 5. September dem Rügenberge fröhliche Schneefälle, Glätte und Raufrost gebracht hat und am nächsten Morgen auf der Höhe 5 Zentimeter Schnee lagen, denn Rügenbergs Lagen haben unser Gebirge nicht selten schon in der letzten Augustwoche wohl überdeckt. Aber immer nur auf ein paar Tage, um dann in einem luftigen Herbst die ganze Schönheit der Natur noch einmal spätommerlich aufleben zu lassen. Diesmal aber hat er es anders gemeint. Seit dem 6. September ist es tatsächlich schon Winter im Gebirge, oder doch ein Zustand, der im Effekt diesem gleich kommt. Der Fremdenverkehr ist seit diesem Zeitpunkt fast auf Null herabgesunken, die Wanderlust ist vorüber. Die Höhe hat bereits 5 Grad Frost, die mittlere Schneehöhe ist schon mit 64 Zentimeter gemessen worden, die großen Schneeverwehungen bis über 3 Meter! Anfang Oktober lag der Schnee auf dem Ramm schon 1 1/2 Meter hoch. Ein Fuhrwerk des Schleierhauses, der neuen Baude auf dem Roppenplan, die am Sonntag mit einem Schneeschlachten eröffnet wurde, blieb am Roppenplan im Schnee stecken und konnte nur mit Mühe herausgeschleppt werden. Es kamen zwar ein paar mal schon wieder mildere Tage, aber wer das Gebirge kennt und die dauernd niedrigen Temperaturen im Taleland nicht übersteht, weiß auch ohne Temperaturlagen, daß es „oben“ unter solchen Verhältnissen eigentlich schon rechter Winter ist. Von den Baude n ist mancherlei Neues zu melden. Mit dem Umbau der kleinen Teich-Baude, die von dem Besitzer der Dampf-Baude erworben wurde, ist im September begonnen worden. Die Baude wird zwar vergrößert, wird aber im ganzen das altvertraute Bild mit dem herrlichen Turmschornstein bewahren und auch fernerhin die Freude der Gebirgswanderer sein. Die Urlassmühle bei Groß-Rupa in Böhlen ist im August einem Brande zum Opfer gefallen. In der neuerbauten Schließigen Grenzbauke ist der Betrieb Anfang d. M. eröffnet worden. Diese Baude liegt gegenüber der Tappeltbaude in der Gde zwischen

der Baude Schließigen—Wapora und dem Weg nach den Grottenbänken. Die preukische Roppenbaude bleibt im Gegensatz zu früheren Jahren in diesem Winter geöffnet; damit sind die Reichsdeutschen vor den schweren Schäden bewahrt, die der Zusammenbruch unserer Wälder für sie mit sich bringen müßte, wenn sie auf die böhmische Roppenbaude angewiesen wären. Die neue Reisträgerbaude („das Deutsche Schließigen“), die schon in diesem Sommer stark besucht wurde, hat über 5 Millionen Mark Baukosten verursacht. Dafür lohnt sie auch mit einer fulminanten Aussicht ins Schließigen. In Rillerthal haben sich die Nachkommen der 1897 aus Tirol Eingewanderten zu einem Heimatsbunde zusammengeschlossen, der Sammeltradition, Sitten und Gebräuche der Vorfahren pflegen wird und dieser Tage mit einem Heimatsfest zum ersten Male an die Leffentlichkeit trat.

Volkswirtschaftliches.

Eine Kritik des Reichs zur Devisenordnung. Der Reichswirtschaftsminister Reichs veröffentlicht in der „Staatszeitung“ eine Kritik zur Devisenordnung des Reichspräsidenten, in der es heißt: „Dem gegenwärtigen unerträglichen Zustand bereitet die Notdevisenordnung des Reichspräsidenten kein Ende. Sie läßt leider wieder das wirkliche Grundübel maßloser Teuerung und Ungerechtigkeit gegen das verbrauchende Volk bestehen. Auch nach der neuen Verordnung ist es der Industrie nur verboten, von ihren Abnehmern Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln zu fordern, eine Bestimmung, die übrigens für alle Inlands-geschäfte gilt. Das heißt: Die Industrie ist gezwungen, deutsche Mark für jede verkaufte Ware in Zahlung zu nehmen, sie hat aber nach wie vor das Recht, den Preis ihrer Waren in der Währung des Dollars, Gulden oder Schweizerischen Franc zu berechnen. In dieser Preis-kalkulation der ganzen Ware nach ausländischer Währung liegt aber gerade das bittere Unrecht gegen die Volkswirtschaft und die Ursache zu einer gänzlich ungerechtfertigten Verteuerung für die Industrie; denn tatsächlich haben sich in der Praxis Kalkulationsmethoden herausgebildet, die für alle im Deutschland erzeugten Waren Preise in solcher Höhe verlangen, als wären sämtliche Waren aus dem Auslande einfach nach Deutschland eingeführt worden. In dem Preise des Fertigfabrikates macht der Export für den ausländischen Rohstoff doch immer nur einen bestimmten Zuschlag aus. Aus diesem Grunde besteht der Preis eines jeden Fabrikates aus zwei verchieden zu behandelnden Teilen: einmal aus dem Entgelt für das vom Auslande eingeführte Rohmaterial, und zweitens aus dem Entgelt für die im Inlande erfolgte Verarbeitung, einschließlich sämtlicher Unkosten, Steuern und Gewinne. Man wird es nicht unbillich finden können, wenn die Industrie den Teil des Preises ihres Fabrikates, von dem das ausländische Rohmaterial bezahlt werden muß, in fremder Währung berechnet. Verlangt sie aber auch Preise nach fremder Währung für den Teil des Fabrikates, der sich aus dem inländischen Wirtschaft heraus entwickelt, so schädigt sie sowohl die Abnehmer und Konsumenten, wie auch die gesamte Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches.“

Neuregelung der Eisenpreise. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Entsprechend dem Beschluß des gemeinsamen Reichs- und Eisenpreisausschusses des Deutschen Stahlbundes wurden die Eisenpreise auf Grund der seit dem 10. d. M. eingetretenen Markverschlechterung und der sich dadurch ergebenden Verteuerung der Auslandsmärkte heute neu geregelt. Die Ausrechnung dieser Verteuerung ergibt eine Steigerung des Stabeisenpreises um 200 Mark, gleich 3,18 Prozent des z. Zt. geltenden Preises. Die Wertgrundpreise für die übrigen Erzeugnisse erfahren die gleiche prozentuale Steigerung und stellen sich ab 18. Oktober 1922 für 1000 Kilogramm in Schmelzhandelsgröße mit den bekannten Grundgrundlagen wie folgt: Rohblech 39 470 Mark, Vorbild 55 650 Mark, Knüppel 68 400 Mark, Platten 76 300 Mark, Normeisen 80 250 Mark, Stabeisen 81 200 Mark, Universalfallen 88 200 Mark, Bandblech 91 180 Mark, Walzblech 87 210 Mark, Grobblech (5 Millimeter und darüber) 91 270 Mark, Mittelblech (3 bis unter 5 Millimeter) 108 250 Mark, Feinblech (1 bis unter 3 Millimeter) 113 450 Mark, Feinblech (unter 1 Millimeter) 120 630 Mark. Für Lieferungen in Elementen Martin-Bandelsgröße bleiben die seit dem 1. Oktober 1922 geltenden Preise bestehen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat seine Stellungnahme zur Devisenverordnung in einer Eingabe niedergelegt, aus der folgendes wiedergegeben sei: Der Reichsverband der deutschen Industrie spricht der Reichsregierung das starke Beizehen darüber aus, daß sowohl die obige Verordnung wie die Ausfuhrbeschränkungen zu ihr ohne Anhörung industrieller Sachverständiger erlassen worden sind. Die Industrie muß diese Nichtberücksichtigung um so eigenartiger empfinden, als sie sich durch ihre Zentralvertretung dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber verpflichtet hat, durch Einwirkung auf ihre Mitglieder die Zwangsregulierung in Auslandsdevisen bei Inlands-geschäften in Anerkennung und im Rahmen der Entscheidung des wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates unmöglich zu machen. Das Reichswirtschaftsministerium hat es aber nicht für notwendig gehalten, das Ergebnis dieser Maßnahmen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, das nach den uns bisher gewordenen Mitteilungen ganz im Sinne der erwähnten Entscheidung ausgefallen wäre, abzuwarten, sondern es hat weiter auch die dem Reichsverbande zugesagte Erörterung von Teilfragen nicht stattfinden lassen. Der Reichsverband der deutschen Industrie muß an die Reichsregierung das dringende Verlangen richten, vor Inkrafttreten eines endgültigen Gesetzes zur Vermeidung der Devisenregulierung durch ihn die industriellen Sachverständigen über die Wirkung einer derartigen Regelung tatsächlich zu hören, und zwar umgehend, da infolge der in vielen Punkten gänzlich unklaren Fassung der Verordnung selbst wie der Ausfuhrbeschränkungen eine Unsicherheit in das Wirtschaftsleben und insbesondere in die Abwicklung in- und ausländischer Geschäfte hineingetragen wird. Die Industrie muß namentlich darauf bestehen, daß laufende Geschäfte unbeschadet der Vorschriften der Verordnung unter gleichen Bedingungen reguliert werden können, unter denen sie abgeschlossen wurden; ferner muß, ohne hier weitere Einzelvorstellungen zu erheben, die Zahlung in Auslandsdevisen an Importeure und importierende Fabrikanten auf Grund der Bestimmungen des § 14 der Verordnung gestattet werden. Ferner weist der Reichsverband darauf hin, daß durch die Notverordnung viele in das Handels- oder Berufsregister nicht eingetragene wirtschaftliche Organisationen, namentlich Verbände, die für ihre Mitglieder Rohstoffe und Betriebsmaterialien einführen, in größte Schwierigkeiten geraten, da sie Devisen bei ihren Banken nicht kaufen können, weil Reichsbank und Handelskammern sich für die Genehmigung des Kaufes in diesen Fällen für nicht zuständig erklären.

Bevorstehende Aufhebung der Devisenverordnung in Oesterreich. Wiener Telegraphen-Korrespondenz meldet: Bundeskanzler Seipel erklärte einer Abordnung industrieller, kommerzieller und gewerblicher Kreise, daß die Verhältnisse es der Regierung in Kürze gestatteten, die Aufhebung der von vornherein nur als Uebergangsmassnahme gedacht gewesenen Devisenverordnung und die Freigabe des Devisenhandels durchzuführen. — Die Oesterreichische Kreditanstalt erhöhte ihr Aktienkapital von einer Milliarde Kronen auf einhalb Milliarden durch Ausgabe von 1 502 500 Stück Aktien zu 320 Kronen nom. Aktienkapital und Reserven werden sich dann auf ca. 50 Milliarden Kronen belaufen.

Änderung des Lotterielehens.

Die Lotterieverwaltung hat sich, wie wir einem Artikel der „Dresdner Nachr.“ entnehmen, entschlossen, auf der einen Seite mit einer durchgreifenden Erhöhung des Lospreises eine den neuen Geldverhältnissen Rechnung tragende Umgestaltung des Spielplanes vorzunehmen und auf der anderen Seite eine Verringerung der Ausgaben und eine wesentliche Vereinfachung des Spielplanes in einer grundlegenden Änderung des Ziehungsverfahrens zu suchen. Der Preis ist von der im Dezember beginnenden 182. Lotterie ab auf **70 M.** für ein **Sechstel-Klassenlos**

festgesetzt worden, so daß der Preis künftig für ein ganzes Klassenlos 700 M., für ein Sechstel-Los aller 5 Klassen 350 M. und für ein ganzes Los aller 5 Klassen 3500 M. betragen wird. Bei der Loszahl von 130 000 Losen und bei der Auspielung von 3 Lotterien im Jahre soll es auch künftig verbleiben. Um den neuen Spielplan wirklich auszuführen zu erhalten, hat man die großen Gewinne ganz wesentlich erhöht und die bisher niedrigen Gewinne, die lediglich den Einsatz der Spieler zurückbrachten, einen eigentlichen Gewinn aber überhaupt nicht darstellten, sondern nur die Möglichkeit des freien Fortspiels in der nächsten Klasse bzw. nächsten Lotterie boten, ebenfalls entsprechend gesteigert. Insbesondere aber sind die beliebtesten

Mittelgewinne

nicht nur der Zahl, sondern auch dem Betrage nach ganz wesentlich erhöht worden. In den ersten 4 Klassen werden künftig je 4550 Gewinne, darunter je 3900 niedrigste Gewinne zu je

1680 M.	in der 1. Klasse,
2520	2.
3360	3.
4200	4.

ausgespielt werden. Die Hauptgewinne in diesen Klassen betragen 300 000 M., 400 000 M., 500 000 M. Daneben gibt es in diesen 4 Vorlassen Gewinne von 150 000 M., 200 000 M., 250 000 M., 300 000 M., 8 Gewinne zu je 100 000 M., 3 zu 75 000 M., 12 zu 50 000 M. u. s. f.

Das große Los in der 5. Klasse soll künftig 3 Millionen Mark, die Hauptprämie 2 Millionen Mark, der Höchstgewinn im günstigsten Falle also, wenn das große Los und die Prämie zusammenfallen, was bekanntlich in der Sächsischen Lotterie schon vorgekommen ist, 5 Millionen Mark betragen.

Weiter wird die 5. Klasse 5 Prämien zu je 400 000 M., 2 Gewinne zu je 1 Million Mark, 3 zu je 500 000 M., 4 zu je 300 000 M., 10 zu je 200 000 M., 20 zu je 100 000 M. u. s. f. bis herunter zu 35 100 Gewinnen zu je 4200 M. aufweisen.

Um das Ziehungsverfahren wesentlich zu vereinfachen und zu verbilligen, sollen in Zukunft die Nummern seriellweise gezogen werden, d. h. es sollen die Nummern der niedrigsten Gewinne in allen Klassen nicht mehr einzeln, sondern in

Serien von je 1300 Stück

gezogen werden. Die Gesamtzahl der niedrigsten Gewinne jeder Klasse muß also durch 1300 teilbar sein. Die Ziehung geschieht nun in der Weise, daß aus einem kleinen Ziehungsrade, das nur die Zahlen 00, 01, 02 usw. bis 99 enthält, bei Beginn der ersten 4 Klassen je 3 Zahlen, bei Beginn der Ziehung 5. Klasse 27 Zahlen gezogen werden. Auf alle Losnummern von 1—130 000, die auf die gezogenen Zahlen endigen, entfällt in der betreffenden Klasse der niedrigste

Gewinn, hiernach in den ersten 4 Klassen auf je 3900, in der 5. Klasse auf 35 100 Losnummern. Wird beispielsweise in der ersten Klasse aus der kleinen Trommel zuerst die Zahl 12 gezogen, so haben alle Losnummern von 1 bis 130 000, die auf 12 endigen, den niedrigsten Gewinn der 1. Klasse gewonnen; das sind 1300 Nummern.

Sind auf diese Weise die Einsatzgewinne gefunden worden, so werden in jeder Klasse aus der größeren Los-trommel die mit höheren Gewinnen bedachten Losnummern gezogen; an dieser Ziehung nehmen alle noch nicht mit Gewinn bedachten Losnummern von 1 bis 130 000 teil. Die einzelnen Gewinnrädchen werden, wie bisher, der großen Gewinn-trommel entnommen. Wird bei der Ziehung der höheren Gewinne eine Nummer gezogen, auf die bereits ein niedrigerer Gewinn gefallen ist, so gilt sie als erledigt; ein späterer Gewinn kann nicht auf sie fallen. An ihrer Stelle wird eine andere, noch nicht mit Gewinn bedachte Nummer gezogen. Sowie bei den Ziehungen der 2. bis 5. Klasse niedrigste Gewinne aus Nummern entfallen, die in einer Vorklasse bereits mit einem Gewinn gezogen worden sind, ist eine entsprechende Anzahl niedrigerer Gewinne (Einsatz-gewinne) aus allen noch nicht mit Gewinn bedachten Losnummern der großen Trommel zu ziehen. In den ersten vier Klassen werden sämtliche Gewinne an einem Tage, in der 5. Klasse am ersten Ziehungstage nur die niedrigsten Gewinne mit Hilfe der erwähnten 27 Endzahlen gezogen, während die Ziehung der Erziehungsgewinne und der großen Gewinne an den folgenden Ziehungstagen erfolgt, und zwar sind am zweiten Tage die Erziehungsgewinne und 340 höhere Gewinne und am dritten bis neunten Tage je 1080 höhere Gewinne zu ziehen.

Die Vorteile

aus dem neuen Ziehungsverfahren sind folgende: Das Ziehungsverfahren wird wesentlich abgekürzt, da zum Beispiel in der 1. Klasse bei 4550 Gewinnen nur 653 Nummern, in der 5. Klasse bei 43 000 Gewinnen nur 7927 Nummern zu ziehen sind. Die Ziehungsdauer beschränkt sich in den ersten vier Klassen auf einen Tag, in der 5. Klasse auf neun Tage. Es wird also wesentlich nicht nur an Kosten für die Lotterie gespart, die auch weiterhin die Ziehungen leiten sollen, sondern auch an Kosten für die Beschaffung und das Füllen der Nummernrädchen, wie an Papier für die vielen Gewinnstreifen. Wesentlich verbilligt werden die Ziehung- und die Schneidkosten. Alle niedrigsten Gewinne zum Beispiel der 1. Klasse werden in der Ziehungsliste mit dem Vermerk mitgeteilt sein: „Mit einem Gewinn von je 1680 M. sind alle Nummern gezogen mit den Endzahlen 14, 32, 79“. Infolge der Vereinfachung der Listenpreise werden voraussichtlich fast alle auswärtigen Spieler und auch viele Waghalsen eine Liste bestellen, und dadurch wird das Interesse am Spielen gefördert werden, während jetzt der hohe Listenpreis viele Spieler abschreckt, weiter zu spielen, weil sie, neben den hohen Postkosten, auch noch die ständig teurer werdenden Listenpreise zu zahlen haben.

Kunst und Wissenschaft.

Deutschlandreise eines holländischen Orchesters. Anlässlich der sich auf Hamburg und Berlin erstreckenden Deutschland-Reise des Amsterdamer Concertgebouw-Orchesters, das unter seinem Dirigenten Willem Mengelberg in Hamburg mehrere Konzerte veranstaltet, fand Dienstag nachmittags im Rathaus ein Empfang statt. Bürgermeister Dr. Diefel hieß die holländischen Gäste herzlich willkommen und hob unter Hinweis auf die unlösbar verbundenen Schicksale

Hollands und Deutschlands hervor, daß für Europa keine bessere Zeit kommen würde, bevor nicht beide Völker erkannt hätten, daß sie durch eine Schicksalsgemeinschaft zu einer Einheit verbunden seien. Dr. Diefel sprach schließlich den Wunsch aus, daß die hohe Kunst Mengelbergs in diesen feierlichen Tagen unseren Mut zur Arbeit für eine neue glückliche Zeit stärken möge. In seiner Erwiderung fand der Präsident der Concertgebouw-Gesellschaft, Jonker Roell, herzliche Worte des Dankes für den prächtigen Empfang und überbrachte die besten Wünsche des niederländischen Ministers des Aeußeren und des Kultusministers für ein gutes Gelingen des Musikfestes. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es die Jahrhunderte alten Bande zwischen Hamburg und Holland noch mehr stärken möge.

Die französische Konturreise von Oberammergau. Passionsaufführungen haben in den letzten Monaten in Nancy stattgefunden. 21 mal wurde hier die Passion von Dilettanten aufgeführt und 45 000 Besucher wohnten dem Schauspiel bei. Der Veranstalter dieser Passionsspiele, Monsieur Petit, erklärt, daß die Spiele als Konkurrenzunternehmen für Oberammergau geschaffen worden seien; sie sollen aber nicht bloß alle 10 Jahre stattfinden, sondern wenn möglich schon im nächsten Jahr, spätestens aber 1924 wiederholt werden.

181. Landeslotterie.

5. Klasse. 12. Tag. 17. Oktober. (Ohne Gewähr.)

20000:	106207
10000:	19381 33299 41565 45470 47668 71952 126301
5000:	15378 32626 49212 77251 108880 114767 121474 129134 121641 23290 24192 25414 25650 26464 27988 32476 41155 45408 56908 60466 60968 61118 63358 67509 72168 73766 74540 76394 80525 80729 84658 89420 92737 95065 95161 98335 99674 110452 113925 114042 114234 115151 116580 120021 122413 123245 123498 125254 128291 129634 129908
2000:	788 4538 5615 6062 6551 7540 7925 8454 10690 12471 13177 13834 14177 14335 17069 17962 19714 20426 20627 21034 21641 23290 24192 25414 25650 26464 27988 32476 41155 45408 49920 54635 58549 58593 60237 60318 60975 62744 62813 63138 65020 65612 67007 69393 70140 70602 70685 71054 71064 75923 76816 77829 78562 83677 85338 86180 86444 88183 88172 88507 89226 89737 90085 90611 98978 102717 103308 103917 103934 105315 109075 110425 110965 112064 113629 114238 115252 116272 117773 117916 120968 122631 123267 125875 126476 126970 127490 128213 128768 128900 129575
1200:	598 648 1317 3969 4220 5642 7620 8551 10143 12318 13219 13266 13674 14484 14650 14657 15905 16130 16281 17400 17994 19674 19887 20623 21517 21526 21711 21963 22426 23010 23918 24357 24516 25024 25692 27223 27239 27680 28066 28283 28549 28791 28864 29062 30199 30451 31034 31044 31350 32008 33735 34792 34797 35496 38009 38130 38981 40302 40351 40522 42242 42836 43327 48554 48591 49176 51315 51343 52913 53703 54423 55332 56082 57279 57547 57965 58038 58514 59428 60403 61584 62692 63182 63562 65198 66530 67758 68410 69067 69840 71340 71892 72148 73541 74285 74536 74942 76770 76879 76882 76917 77204 77480 78018 79747 80068 80248 80571 80994 81335 81635 82408 83484 84688 84742 86225 86876 87740 88383 89795 89824 91317 91831 91996 92815 93076 93854 94408 95898 95902 96071 97567 97582 97866 98904 100279 102323 102648 103031 103422 103437 104079 105237 105522 105891 106868 106468 107306 109354 110772 111332 111504 112614 114775 115225 115250 115317 116621 118540 119103 119269 120665 121177 121925 122279 122603 122983 123473 123563 124726 124945 125216 125851 126449 126028 128449 129012 129171 129945

Café Grube. Heute Abend Künstlerkonzert

gespielt von Geschw. Weise.



Gibt der Preis das rechte Maß?
Nein, auf keinen Fall.
Billig ist nur Qualität
Deshalb kauf Erdal!

Erdal

Marke Rolfrosch - Schuhpaste
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Bereitschaften

Stenographisch. „Gabelberger“ Gedächtnis. Freitag abend 8 Uhr in der „Barthura“ Monatsversammlung und Vortrag über Einheitssteno-graphie. Praktisches und zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Anfänger- und Wiederholungskursus fällt aus.

Friseur-Innung Niesha u. Umg.

Haarieren 15 M., Haarschneiden 40 u. 45 M.
Haarschneiden Sonnabends und Sonntags erhöhte Preise. — Gültig von heute ab.

Gasthof Münchrich.

Sonnabend, den 21. Oktober
großes Extra-Konzert u. Ball.

Man verlange überall Radeberger Pilsner!

Ja. Herr sucht sof. o. 1. Nov. möbl. Zimmer oder Schlafstelle.
Angebote unt. K T 9569 an das Tageblatt Niesha.

Junges Ehepaar sucht 2 möbl. Zimmer mit Kochgelegenheit.
Angebote unt. K X 9678 an das Tageblatt Niesha.

Für 1. Novbr. od. später möbl. Zimmer in Gedda gesucht.
Angebote unt. K Y 9671 an das Tageblatt Niesha.

Kleiner Raum als Werkstelle gesucht.
Angebote unter K W 9672 an das Tageblatt Niesha.

Zuverl. j. Mädch. tägl. als Hilfe in H. Haushalt bei hohem Lohne gesucht. Su. erf. im Tagebl. Niesha.

Lichtes, älteres Hausmädchen gel. Restaur. Germania, Vopitzer Straße 17.

Sung!

Größte Anfang November in Niesha einen nach gründlich anerkannt vorbildlicher Methode im Mandoline, Saute- und Gitarrenspiel. Anm. werden Donnerstag abend von 8 Uhr an im Rest. „Karpfenhäuser“ entgegenkommen. Bei Beschaff. von Instrumenten stehe mit sachmännlich. Rat gern zu Diensten. Aug. Lindner, Gedda, Weststr. 18, 2.

im Hotel Kronprinz.

Für die zahlreichen Glückwünsche und sonstigen Ehrungen anlässlich unserer Vermählung sagen wir allen unseren aufrichtigsten Dank.
Niesha, 18. Oktober 1922.
Richard Kaiser
Emilie Kaiser, verm. geb. Motika.

Für e. 16j. Mädch. (Waise) bis jetzt in e. Erziehungsheim, suche sofort Dienststelle in schriftl. Haus. Anv. erf. sind schriftl. od. tel. 735 zu richten an Wf. Matz in Reithain.

Gasthof - Restaurant Kaffee - Weinstube in Niesha od. Umg. zu pachten oder kaufen gesucht.
A. Faske, Weisatal 4 bei Weichen.

Bertel verkauft Niesha Nr. 27. Guterb. Schaufenster zu kaufen gesucht. Offerten mit Preis unt. K U 9670 an Tagebl. Niesha. Gebrauchter, guterhalten. Kanon-Ofen zu kaufen gesucht. Off. u. K Y 9674 an Tagebl. Niesha.

Guterb. Mandoline preiswert zu verkaufen. Su. erf. im Tagebl. Niesha.

Guterb. Sofa zu kaufen gesucht. Off. unt. K Z 9676 an Tagebl. Niesha.

Johannisbeerkräucher verkauft Weinsteler Mändrich. Kaufe Donnerst. u. Freitag Lumpen, Knochen, Eisen, Weinflaschen

Jeden Morgen freu ich mich

an's neue über die Erfrischung und Belebung von Kopfsaut und Nerven durch einige Tropfen Javol. Aber nichts ist auch besser als Javol, um Schuppen und Schminnen zu beseitigen, um das Haar seidenweich, düftig und locker zu machen. Javol-Haarwasser und Javol-Kopfwaschpulver sind in Apotheken, Drogerien, Parfümerien und bei Friseurern zu haben.

Bekanntmachung.

Die Preise für markenfreie Ware sind ab Donnerstag, 19. Oktober 1922, folgende:

1 Pfund Roggenbrot	50 M.
1 Pfund Weizenbrot	60 "
1 Pfund Zwieback	40 "
Backlohn für 1 Pfund Weizenmehl zu Brotchen inkl. Gese	12 "
Backlohn f. Selbstverforg. f. 1 Pfd. Brot	5 "

Bäcker-Innung Niesha.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei der schweren Krankheit, sowie beim Hinscheiden unserer lieben

Dorle

sagen wir allen unseren aufrichtigsten Dank.
Familie Fleischermit. Ufer, Reithain.

Blühhch und unerwartet entriß uns am Montag der unerwartete Tod infolge Herzschlages im blühenden Alter von 19 Jahren unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Braut

Martha Warazynel.

In tiefer Trauer Familie Albert Warazynel dankt alle Hinterbliebenen.

Gräbda, 18. Oktober 1922.
Beerdigung Abend Freitag 7,1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Wolke Frau war über 50 Jahre mit einer Flechte

behalten. Sein geliebtes Mädchen hatte sie auf dem Heide. Durch Zucker's Patent-Medizinale-Flechte wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Flechte ist Lausche (nicht G. S.) Dazu Zucker-Creme (nicht fettend und fettlos). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Rat für Frauen

Alle hygien. Artikel, Kröpf, Tee, Gummimatten etc. Bei Anfragen Rückporto erb.

O. Konietzky, Leipzig 8, Eichenstr. 24. part. r. Ecke Eichenstraße.

Flügel oder Piano

zu kaufen gesucht. Preisoffert. u. K P 9666 an das Tageblatt Niesha.

Gochsine Winteräpfel empfiehlt R. Schelle, Schützenstraße.

Morgen frische Seefische

Clemens Bäcker. Donnerstag früh frische Seefische. Carl Hauser, Gedda, Otto Hauser, Radeburg.

F. R.

Freitag abend 8 Uhr Versammlung (Café Rüdler). D. C. Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten.

Rhein und Reparation.

Das Reparationsproblem ist, trotz aller „Regelungen“, dauernd im Fluß; aber es ist nicht einfach zu lösen, an welchem Punkte es sich gegenwärtig genau befindet. Das Projekt des Engländers Bradburn ist in extenso noch nicht bekannt gegeben, ein zuverlässiges Bild der Tendenz und Tragweite der darin enthaltenen Vorschläge kann sich der aufmerksame Beobachter nicht bilden. Doch Frankreich auf die Vorschläge Bradburns mit Gegenvorschlägen antworten wird, steht fest; aber auch hier bleiben die Nachrichten über den vermutlichen Inhalt ganz unkontrollierbar. Nur das eine scheint sich mit einiger Deutlichkeit herauszukristallisieren: Daß die französische Regierung beabsichtigt ist, in das ökonomische Problem der Reparationen, das natürlich schon immer von politischen Motiven aller Art durchzogen war, nun auch ganz offen politische Forderungen hineinzutragen. Diese politischen Forderungen sind bisher am klarsten von der Pariser Zeitung „Information“ formuliert worden und da die „Information“ sehr oft schon ihren Namen verdient hat, scheint es am Platze, schon heute ihren Nachrichten Bedeutung beizumessen. Es wird darin nämlich erklärt, Frankreich verlange: erstens, daß während der Dauer der Zahlungsstundung die Fristen der Rheinlandsbefugung als noch nicht laufend angesehen werden müßten; und zweitens, daß beim Ausbleiben der deutschen Finanzreform Frankreich das Recht erhalte, eine Zollschranke am Rhein einzurichten und im besetzten Gebiet eine besondere Finanzorganisation mit eigenem Budget und eigener Währung.

Die erste dieser Forderungen ist im Prinzip nicht ganz neu, sie ist schon in anderem Zusammenhang erhoben worden, wenn auch zunächst mehr theoretisch. Und zwar war es gerade Poincaré, der sie publizistisch und rhetorisch stets mit besonderer Vorliebe vertrat, sobald schon aus diesem Umstande besonders glaubwürdig erscheint, daß sie jetzt auch vertraglich festzulegen werden sollen. Die frühere Argumentation stützte sich hauptsächlich auf das angebliche „Verlangen“ Deutschlands in Bezug auf die Entlastung, die Befreiung der Kriegsschuldigen und dergleichen. Es wurde behauptet, der Friedensvertrag beanrage die Befreiungsdauer war auf eine Frist von fünfzehn Jahren, diese Frist beginne aber erst dann zu laufen, wenn Deutschland die sofort durchführbaren Bestimmungen des Vertrages erfüllt habe. Bei den Reparationen handelt es sich nun nicht um eine sofort und rasch durchführbare Leistung, sondern um eine Auflage, die sich über Jahrzehnte erstreckt. Die Höhe dieser Auflage ist im Londoner Ultimatum fixiert, jede Milderung gegenüber dem Londoner Ultimatum ist relativ betrachtet ein Moratorium. Solche Milderungen sind aber nach Lage der Sache anerkanntermaßen einfach unausschließlich gemessen und auch fernerhin unvermeidlich, man kann mit Sicherheit heute schon sagen, daß das Londoner Ultimatum überhaupt niemals durchgeföhrt werden wird. Bei dieser Befreiung, stellt sich also heraus, daß Deutschland wahrscheinlich für alle Dauer unter der Wirkung eines Moratoriums stehen wird, und die Konsequenz daraus wäre, daß, wenn die französische Forderung Rechtskraft erzielte, die Befreiungsfrist überhaupt niemals zu laufen anfangen würden, mit anderen Worten: Daß Frankreich die Befreiung des Rheinlandes für ewige Zeiten aufrecht erhielte. Es besteht wenig Zweifel darüber, daß die verborgene Tendenz der französischen Forderung sich tatsächlich in dieser Richtung bewegt, will sagen: daß jetzt auch auf dem Umwege über die Reparation angekrebt wird, die Rheinlande dauernd von Deutschland zu trennen.

Daß dies die wahre Absicht ist und wir es keineswegs mit einer der bekannten „Garantien“ zu tun haben, geht aus dem zweiten Punkte der französischen Gegenforderungen hervor, — immer vorausgesetzt, daß die Nachrichten darüber zutreffen. Wenn die geforderte deutsche Finanzreform ausbleibt, will Frankreich ein eigenes Finanzterritorium aus den Rheinlanden gebildet wissen, mit eigenem Etat, eigener Währung und eigener Zollschranke. Was heißt im Sinne dieses Antrages: „Wenn die deutsche Finanzreform ausbleibt“? Unter Finanzreform kann in diesem Zusammenhang ja nichts anderes verstanden sein, als eine Neugestaltung der Einkünfte und Ausgaben des Reiches derart, daß Deutschland in die Lage versetzt wird, die im Londoner Ultimatum von ihm verlangten Summen alljährlich wirklich aufzubringen. Da dies Ziel unerreichtbar ist, wird die Reform also niemals als ausreichende Reform anerkannt werden, das „Ausbleiben der deutschen Finanzreform“ ist eine unvermeidbare Notwendigkeit. Ebenso unvermeidbar würde dann, wenn der französische Antrag Rechtskraft erhielte, die Abtrennung der Rheinlande aus dem deutschen Finanzgebiet sein, die Einführung einer eigenen Währung, wahrscheinlich der Frankennährung, die Einführung eines eigenen Steuerloftems und einer eigenen Finanzhoheit. Auch dieser Antrag läuft also trotz seiner vorsichtigen Formulierung auf nichts anderes hinaus, als auf die Schaffung eines Zustandes, in dem die frühere oder spätere Abspaltung der Rheinlande von Deutschland völlig gewiß sein wird.

Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Form die französische Regierung diese Forderung wirklich in die dem Projekte Bradburn entgegenstehenden französischen Programmpunkte einarbeiten wird. Es bleibt ferner natürlich abzuwarten, zu welcher Antwort Frankreichs Verbündete sich entschließen. Bis dahin aber bleibt der Zustand außerordentlich alarmierend, und in Deutschland wird man gut tun, sich schon heute nach aller Möglichkeit gegen Zettelungen dieser Art zu wehren.

Die Beratungen der Reparationskommission.

Aus Paris wird gemeldet: Die offizielle Sitzung der Reparationskommission von Dienstag nachmittag war ausschließlich der Erledigung von laufenden Angelegenheiten gewidmet. Es folgte keine halbamtliche Sitzung darauf. Erst am Freitag wird eine solche stattfinden und dabei die Prüfung der Lage infolge des weiteren Marksturzes und der Vorschläge Bradburns vorgenommen werden. Es besteht die Hoffnung, daß Barthou Gegenvorschläge betreffend Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen vorlegen wird.

Nach einer weidbar beeinflussten Mitteilung des „Journal des Debats“ ist im Augenblick nicht die Rede von der Erörterung des französischen Gegenvorschlages zum Entwurf Bradburns in der Reparationskommission. Poincaré habe noch keine Entscheidung getroffen und die Sachverständigen, die mit der Aufstellung des Planes betraut seien, hätten ihre Arbeiten noch nicht beendet. Der zweite französische Delegierte Maucledé habe vorgestern im Finanzministerium hierüber eine Unterredung mit dem Sachverständigen Cerutti gehabt, aber im Augenblick sei im wesentlichen die Regierung für die Frage zuständig.

Nach einer Meldung der „Veispa. N. N.“ aus Paris soll festzustellen sein, daß sich in den Aufzeichnungen der französischen Regierung wegen des Deutschland zu gewährenden Moratoriums ein sichtbar Umlaufweg vollzog. Der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“, der immer über die Absichten des französischen Kabinetts gut unterrichtet ist, erklärte, daß Poincaré zu der Ansicht gelangte, daß Deutschland sowohl für die Goldzahlungen als auch für die Naturalieferungen ein großes Moratorium gegeben werden müsse. Die Bedingungen aber, die Frankreich hierzu knüpft, müssen als außerordentlich geföhrt

Wie der ehemalige Kaiser den Zusammenbruch schildert.

Die Agentur Radio veröffentlicht, wie den Veispa. N. N. aus Paris gemeldet wird, den Beginn des 12. Kapitels der Kaiser-Memoiren, das betitelt ist „Das Kriegsende und die Abdankung“. Der Kaiser schreibt: Wenige Tage nach dem 8. August 1918 berief ich einen Aronst, damit er über die Lage berate und dem Grafen Hertling die politischen Richtlinien vorschreibe. Das Oberkommando billigte den Gedanken, dem Kaiser die Mittel in die Hand zu geben, damit Verhandlungsversuche mit dem Feind gemacht würden, wobei aber vorausgesetzt werden sollte, daß der Feind erst an die Siegfriedlinie herangezogen und dort vollkommen geschlagen werde. Sodann könnten Friedensverhandlungen stattfinden. Der Kaiser befohl dem Kanzler, sich mit einer neutralen Macht, nämlich Holland, ins Einvernehmen zu setzen, um die Gewißheit zu haben, daß dieses den ersten Schritt zur Vermittlung tun wolle. Schwierig wurde sie durch die Haltung Oesterreichs, das niemals volles Einvernehmen mit Deutschland hatte und Deutschland nicht die Erklärungen abgeben wollte, die von ihm gefordert wurden. Eine Zusammenkunft, die der Kaiser mit Karl von Habsburg haben sollte, wurde durch Karl vereitelt, der vollkommen unter dem Einfluß des Grafen Burriani stand. Die holländische Regierung hatte geantwortet, daß sie Deutschland zur Verfügung stehe. Ohne Wissen Deutschlands hat aber Oesterreich sein erstes Sonderfriedensangebot gemacht und warf damit Deutschland den Anspiegel in den Weg. Im geheimen hatte Karl mit der Entente Beziehungen angeknüpft und seit langem war er entschlossen, Deutschland preiszugeben. Er handelte nach einem Plan, den er seiner Umgebung so darlegte: Wenn ich mit Deutschland zusammen bin, so erkläre ich, daß ich mit ihm in allen Punkten übereinstimme, wenn ich aber nach Hause zurückkehre, tue ich, was ich will. Die deutsche Regierung und der Deutsche Kaiser waren von Wien ständig getrennt worden und es war ihnen unmöglich, sich zu verteidigen, weil Wien immer erklärte: Wenn ihr uns Schwierigkeiten macht, so verhalten wir Euch! Unsere Armee wird nicht mehr an Eurer Seite kämpfen. Der Sturz Oesterreichs und Ungarns brachte die Regierungsräte zum Ausbruch. Wenn Kaiser Karl noch für drei Wochen seine Nerven hätte beherrschen können, so hätte sich alles geändert. Aber seit langem hatte bereits Andraffa, der es selbst eingeschanden hat, hinter Deutschlands Rücken in der Schweiz Besprechungen mit der Entente eingeleitet. Kaiser Karl bildete sich ein, daß er sich so das Wohlwollen der Mächten sichern würde. Nach Deutschlands Mißerfolg am 8. August hatte Ludendorff erklärt, daß er den militärischen Sieg nicht mehr garantieren könne. Infolgedessen sei die Einleitung von Friedensverhandlungen notwendig. Da aber die Diplomatie nicht imstande war, diese Verhandlungen einzuleiten, und da sich die militärische Lage infolge der revolutionären Propaganda noch verschlimmert hatte, so hat Ludendorff am 29. September, daß die Reichsregierung Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen einleitete. Die Generale Gallwitz und Mudra trafen beim Kaiser ein und schilderten ihm die Moral der Armee in düsteren Farben. Die Desertionen seien zahlreich, die Hölle des Ungehorsams mehre sich und die „Rote Fahne“ erhebe sich unter den Uhlern, die aus Deutschland zurückkehren. Die Hauptursache dieses Standes der Dinge seien die Generale in dem verbrecherischen Einfluß, den das Land auf den Geist der Truppen ausübte. In Deutschland wünschte man überall das Kriegsende und diese Stimmung verbreitete sich bis in die Tiefe und sogar bei einzelnen Truppenabteilungen in der Front. Infolgedessen hielten es die Generale für notwendig, daß die Armee sich sofort hinter die Linie Antwerpen—Maas zurückziehe. Der Kaiser erteilte einen diesbezüglichen Auftrag dem General Hindenburg telephonisch. Dieser Rückzug sollte nur die Einnahme einer neuen Stellung auf einer kürzeren Front bedeuten. Das Terrain war weitaus günstiger, obwohl noch feinerste Verschanzungsarbeiten angelegt waren. Aber im Sommergebiet kämpfte man nur mehr in einem Trichterfeld. Man mußte die Operationsfreiheit wieder gewinnen, was nicht möglich war. Im Laufe des Krieges hatte man sich oft zurückziehen müssen, um günstigere strategische Stellungen zu erlangen.

Hindenburg bekämpfte den Rückzugsbefehl, indem er erklärte, daß aus politischen Gründen und hauptsächlich wegen der Friedensverhandlungen die deutsche Armee bleiben müsse, wo sie stehe. Außerdem erfordere die Räumung des Kriegsmaterials einige Zeit. Der Kaiser beschloß, sich zur Armee zu begeben, um sich an Ort und Stelle über den Geist, der unter den Truppen herrschte, Rechenschaft abzulegen. Diesen Wunsch durchzuführen, war ihm um so leichter, als seit dem Amtsantritt der neuen Regierung weder diese noch der Kanzler einmal die Anwesenheit des Kaisers in Berlin gefordert hätte. Sein Aufenthalt in Berlin schien unzulässig. Die Noten an Wilson waren vom Staatssekretär Solff, vom Kriegskabinet und vom Reichstag erörtert und revidiert worden, ohne daß der Kaiser irgendwelche Mitteilungen erhielt. Gelegentlich der letzten Note an Wilson mußte er Solff durch seinen Kabinettschef begreiflich machen, daß er diese Note vor der Ablegung kennen lernen wollte. Solff sagte sich den Wünschen des Kaisers. Der Kaiser kam auf die Gerichte zu sprechen, die von seiner Abdankung etwas wissen wollten und forderte Maßnahmen gegen die Presse, die eine so unwürdige Kampagne führte. Solff erwiderte, daß man tatsächlich von der Abdankung spreche. Als der Kaiser seiner Entrüstung Ausdruck gab, sagte Solff hinzu: Wenn Eure Majestät abdanken, so ziehe auch ich mich zurück, denn es wäre mir unmöglich, unter solchen Bedingungen im Amt zu bleiben. Der Kaiser fährt fort: Ich bin abgereicht oder vielmehr ich wurde von meiner eigenen Regierung gekürzt. Aber Solff blieb. Als der Kaiser

Prinz Max von Baden erfuhr, daß der Kaiser an die Front abgehen wollte, bemühte er sich, dies zu verhindern. Er mußte in Berlin bleiben. Über der Kaiser erklärte, daß sein Platz mitten unter seinen Truppen sei. Er reiste auch tatsächlich an die holländische Front ab. Dem Generalstab befohl er neuerdings, die Truppen raschstens hinter die Antwerpen—Maaslinie zurückzuziehen. Dieser Rückzug begann auch sofort. In Spaan, wohin sich der Kaiser begab, erfuhr er, daß die Nachrichten aus Deutschland immer ungünstiger lauteten. Die Regierung war vollkommen eingeschlossen. Sie war ohne Kraft, ohne Willen und ohne Initiative. Payer und Solff regierten mit dem Kriegskabinet. Der Kanzler selbst war krank und kümmerte sich um die Dinge gar nicht. Die eigentliche Lösung, welche die damalige Lage erforderte, hätte darin bestehen müssen, daß Prinz Max von Baden als Kanzler durch eine andere Persönlichkeit ersetzt worden wäre, die härter gewesen wäre. Da man in Deutschland zum parlamentarischen System gekommen war, hätten die Parteien diese Veränderung in der Kanzlerschaft provoziert und dem Kaiser den Nachfolger des Prinzen Max vorschlagen müssen. Aber so verhielten die Dinge nicht.

Eine Nichtigstellung des päpstlichen Nuntius Vacelli.

Von der Münchner Nuntiaturler heißt die „Germania“ zu den neuesten Veröffentlichungen des früheren Kaisers über den Verlauf des Reiches des päpstlichen Nuntius Vacelli beim Kaiser im Großen Hauptquartier im Sommer 1917 eine Nichtigstellung. Darin heißt es über die Audienz in Kreuznach am 29. Juni: Bei dieser Audienz, in welcher Nuntius Vacelli ihm vom Heiligen Stuhl anvertraute Mission ausführte, war weder der Widtore noch irgendeine andere Person anwesend. Der Nuntius überreichte Wilhelm II. ein Schreiben des Heiligen Vaters Benedikt XV., worin dieser seiner großen Besorgnis Ausdruck verlieh wegen der Verlängerung des Krieges und wegen des daraus folgenden ungeheuren materiellen und moralischen Elends; daran knüpfte der Nuntius — ohne in Einzelheiten einzugehen — mündlich im Namen Seiner Heiligkeit warm empfundene Ermahnungen an den Kaiser, er möge doch sein Möglichstes tun, um den Schrecken des Krieges ein Ende zu bereiten, selbst wenn es dadurch nötig werden sollte, auf das eine oder andere der von Deutschland verfolgten Kriegsziele zu verzichten. Wilhelm II., dessen Bild, Gebärden und Stimme die Wirkungen dreier langer und angstreicher Kriegsjahre verriet, antwortete, Deutschland habe den Weltkrieg nicht hervorgerufen, sondern es sei gezwungen gewesen, sich gegen die Vernichtungsziele Englands zu verteidigen. Er erinnerte an das Friedensangebot Deutschlands vom vergangenen Dezember, indem er betonte, daß der Papst damals nicht gesprochen habe, wie Wilson es getan; und, nachdem der Kaiser von den Gefahren geredet hatte, welche nach seiner Meinung die Tätigkeit der internationalen Sozialdemokratie zugunsten des Friedens darstellte, gab er dem Gedanken Ausdruck, der Heilige Vater möchte einen feierlichen Erlass herausgeben, gerichtet nicht an die Regierungen, sondern an den Herrn und an die Gläubigen der ganzen Welt, worin er Gebet und unablässige Arbeit für den Frieden vorschriebe. Der Nuntius, welcher in Betreff eines derartigen Vorschlages keine Instruktionen bekam, brachte demselben gegenüber weder Einwendungen vor, noch akzeptierte er ihn. Auch machte er keineswegs die Aeußerung, daß es für den Heiligen Vater wegen seiner Stellung der italienischen Regierung gegenüber schwierig wäre, im Sinne des erwähnten Vorschlages zu wirken. Noch weniger äußerte er, daß der Nuntius, das eine derartige päpstliche Ermahnung bei den „verschiedenen Episkopat“ keine günstige Aufnahme finden werde. Vielmehr beschränkte sich der Nuntius darauf, dem Kaiser zu versichern, er werde darüber wie es seine Pflicht war und wie er es denn auch getan hat an den Heiligen Stuhl berichten. — In derselben Audienz bat Nuntius Vacelli Wilhelm II. im Namen des Heiligen Vaters außerdem inkindlich, anzuordnen, daß den Deportationen belgischer Arbeiter ein Ende gesetzt werde, indem er an die dem Heiligen Stuhl bereits gemachten Versprechungen erinnerte. Er betonte dabei, daß die Deportationen in der ganzen Welt einen sehr ungünstigen Eindruck hervorgerufen hätten und daß ihr Aufhören daher Deutschland nur zum Vorteil gereichen würde. Der Kaiser suchte die Deportationen vom rechtlichen Gesichtspunkte aus zu rechtfertigen; infolge des Drängens Nuntius Vacellis aber verriet er, sich mit der Frage zu befassen.

Vorliegendes findet sich auch in den „Berachtungen“ des Herrn v. Bethmann Hollweg, der sich an jenem Tage ebenfalls in Kreuznach befand. Nach beendeter Audienz zog der Kaiser Nuntius Vacelli zum Essen zu, um dem, außer dem Widtore der Nuntiaturler, Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, mit seinem Sohne Prinz Waldemar, der Reichskanzler von Bethmann Hollweg mit seinem Schwiegersohn Graf von Sech und die zum Gefolge des Kaisers gehörigen Herren teilzunehmen. Nach dem Essen begaben sich die Geladenen auf den Balkon, wo sie sich, wie es bei ähnlichen Gelegenheiten Brauch ist, einige Zeit der Unterhaltung hingaben, welche abwechslungsreich und ohne jeglichen offiziellen Charakter war. Der Kaiser nahm hierbei einen avangierten und familiären Ton an und sprach übersprudelnd, indem er wiederholt recht eigenartige Dinge erzählte. Hierauf zog er sich zurück. Damit hatte die Konversation, ohne irgendwelchen dramatischen Charakter angenommen zu haben, ihr Ende erreicht.

lich erscheinen. Frankreich will die Kontrollmaßnahmen über Deutschland in ungewöhnlicher Weise verschärfen und unter diesen befindet sich insbesondere die Fristverlängerung für die Befreiung der einzelnen Zonen in den Rheinlanden. Frankreich will sich auf den Standpunkt stellen, daß das außerordentliche Moratorium, das Deutschland gewährt werden soll, im Versailles Vertrag nicht vorgesehen sei, weshalb auch während der Dauer des Moratoriums die Befreiungsfrist in den Rheinlanden als nicht eingehalten zu betrachten sei. Frankreich will also erreichen, daß die Befreiungsdauer in Koblenz, wenn das Moratorium bis Ende 1922 gegeben würde, erst ab 1923 als laufend zu betrachten wäre.

Wenig willkommen ist heute den Franzosen eine Erörterung des amerikanischen Staatssekretärs für Handel, Hoover, wonach Amerika absolut nicht die Absicht habe, seine Forderungen gegenüber den europäischen Staaten nachzulassen. Wenn dieser Gedanke Hoovers verwirklicht werde, England also seine Schulden an Amerika in vollem Umfange bezahlen müßte, so dürfte dieses kaum geneigt sein, Frankreich irgend etwas von den Schulden nachzulassen. Der französische Plan, das Reparationsproblem in Brüssel auf Grundlage eines Moratoriums bei Verlängerung der Befreiungsfrist in den Rheinlanden zu gewähren und das Moratorium gleichzeitig von der Annulierung der interalliierten Schulden abhängig zu machen, muß also von vorn herein als unmöglich angesehen werden. Nach dem Projekt

von Bradburn, das dieser sicherlich mit Zustimmung seiner Regierung die Reparationskommission überreichte, ist zwar eine Verschärfung der Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen vorgesehen, aber nichts deutet darauf hin, daß England irgendwie eine Verlängerung der Befreiungsfrist oder irgendwelche andere militärische Zwangsmaßnahmen ins Auge faßt. Daß schließlich Mitte November, an einem Zeitpunkt, in dem die englischen Wahlen höchstwahrscheinlich stattfinden werden, eine internationale Finanzkonferenz möglich wäre, muß als vollkommen ausgeschlossen erscheinen. Der französische Senator Maronix des Duberac ist in Berlin eingetroffen.

Der deutschen Regierung ist von französischer Seite ein Plan über die Leistung von Außerarbeiten im zerstörten Gebiet Nordfrankreichs unterbreitet worden. Der Vorsitzende der deutschen Kriegskontrollkommission in Paris, Staatssekretär Fischer, ist beauftragt worden, erst einige Vorfragen finanzieller Natur in den dazu notwendigen Verhandlungen mit den französischen Stellen anzuschneiden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Oktober. Präsident Eoebbe eröffnete um 1/4 Uhr die erste Reichstagsitzung nach der Sommerpause mit einem von den Abgeordneten stehend angehörteten Reden für die verstorbenen Abgeordneten Niecke und Winkau.

Nach Erledigung vieler kleiner Anfragen — Präsident
Koch empfahl unter allgemeiner Zustimmung größere
Beschränkung in diesem Artikel — stimmte der Reichstag
ohne Debatte in allen drei Lesungen der Erhöhung der
Gebühren in Mutterrechtsverfahren zu.
Wegen dem dann folgenden Gelegenheitswurf über die Ab-
gaben auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal erhob
Abg. Thomas (Komm.) Einwendungen einmal wegen
der Höhe der Abgaben, dann aber auch des Namens
Kaiser-Wilhelm-Kanal wegen. Er beantragte dafür Nord-
Ostsee-Kanal zu lauen. Die Vorlage wurde auf Antrag
Müller (Soz.) dem Gesundheitsausschuss überwiesen.
An den Sozialpolitischen Ausschuss ging der Gele-
genheitswurf auf Verlängerung der Geltungsdauer der
Demobilisationsverordnungen bis zum 31. März 1923.
Um 1/2 5 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch
2 Uhr nachm. Auf der Tagesordnung stehen neben kleineren
Vorlagen Interpellationen über die Zirkus Busch-Krawalle
und über die Not der Wissenschaft.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion neu konstituiert.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich
gestern nachmittag neu konstituiert. Es wurde einstimmig
ein Vorstand von 15 Mitgliedern gewählt. Zu Fraktions-
vorsitzenden wurden ebenfalls einstimmig gewählt Hermann
Müller, Dittmann, Wels, Scheidemann und Menke. Ge-
schäftsführende Vorsitzende sind Hermann Müller und
Dittmann. Zu Sekretären der Fraktion wurden Rabmann
und Dr. Berg gewählt. Die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion beschäftigt sich hierauf mit der Reichspräsidenten-
wahl. Man kam zu dem Ergebnis, an dem Wahltermin
des dritten Dezember festzuhalten. Sollte jedoch von einer
anderen Partei des Reichstages ein Antrag auf Ab-
änderung der Verfassung gestellt werden, ohne den eine
Verschiebung der Wahl unmöglich sei, so behält sich die
Fraktion vor, zu dem noch besonders Stellung zu nehmen.
Auch das Zentrum und die Demokraten beschäftigten
sich gestern in Fraktionsbesprechungen mit der Reichspräsidenten-
wahl. Endgültige Beschlüsse wurden von beiden Fraktionen
nicht gefaßt.

Ausgabe von Goldschahanzweisungen.

Die Beratungen im Reichskabinett über die Ausgabe
von Goldschahanzweisungen sind soweit gediehen,
daß ein entsprechender Gesetzesentwurf bereits in den nächsten
Tagen dem Reichstag zur schleunigen Erledigung zugehen
wird. Ueber den Inhalt des Vorschlages, der den Kabinetts-
beratungen zugrunde lag, wird berichtet, es handle sich um
Goldschahanzweisungen, zu deren Deckung hauptsächlich die
Goldmilliarde der Reichsbank herangezogen werden soll. Die
Erwerbung der Schatzkasseneinlagen durch Papiergeld in
Höhe der Goldparität. Ebenso wird der Zins in Gold-
parität bezahlt. Die Verbriefung der Goldschahanzweisung
wird veranlaßt sich dem englischen Pfund anpassen. Der
Kurs wird mit dem englischen Pfund aus- und niedergehen.
Von einem Kursieren der Goldschahanzweisungen als Gold-
währung könne keine Rede sein.

Die Getreideumlage.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ist das Gesetz dem
Reichstag zugegangen, das den Preis für das erste
Drittel der Getreideumlage für die Tonne
Hoggen auf 20500 M., Weizen auf 22500 M., Gerste
auf 19000 M. und Hafer auf 18000 M. festsetzt.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Zur dritten Lesung des Entwurfes über Mietrecht
und Mietverhältnisse lag ein Antrag Dumar (Haus-
besitz) vor, der auf die schweren Mängel des Entwurfes hin-
weist und sich gegen das Vorkommen des Zwangs-
verkaufes als unzulässig erklärt. Der Antrag fordert
daher, vom Erlaß des Gesetzes abzusehen und zum
Schutze der Mieter ein möglichst einheitliches
Mietrecht in Ausdehnung an die Mietverhältnisse
in Aussicht zu nehmen. Dieser Antrag wird nach längerer
Debatte angenommen.

Der Antrag des Wirtschafts- und Finanzpolitischen
Ausschusses auf Wiederherstellung des Bankgeheimnisses
wird nach längerer Ausdehnung des Berichterstatters,
Bankdirektors Dr. Salomonson, und Widerspruch durch
Bernhard (Freie Beruf) an die beiden Ausschüsse auf Antrag
Kramer zurückverwiesen mit der Maßgabe, daß deren Votum
direkt an die Regierung weitergeleitet wird.

Die Vorgänge am Zirkus Busch in Berlin.

Aus Anlaß der Vorgänge am Zirkus Busch in Berlin
find am Sonntag und Montag insgesamt 163 Personen
polizeilich festgenommen worden. Nach Feststellung ihrer
Personalien und nach ihrer polizeilichen Vernehmung wur-
den 148 der Festgenommenen von der Abteilung 1 A des
Polizeipräsidiums wieder entlassen. 15 der Festgenommenen
sind dem Richter vorgeführt worden und zwar wegen Land-
friedensbruchs, Körperverletzung, Widerstandes gegen die
Staatsgewalt. Wegen weiterer 18 Personen, die am Dienst-
tag früh verhaftet wurden, schweben noch die polizeilichen
Ermittelungen.

Die gestrige Sitzung des Preussischen Landtags nahm
einen stürmischen Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesord-
nung beantragte Abgeordneter Kay (Komm.), als ersten
Punkt die Vorgänge vor dem Zirkus Busch am vergangenen
Sonntag auf die Tagesordnung zu setzen. Die Schwärze seiner
Ausdrücke und die Bezeichnung „Landenburg als Massen-
schlachter“ drachten ihm einen Ordnungsruf ein. Dem
Redner wurde, da seine Redezeit abgelaufen war, unter
lärmenden Zwischenrufen der äußersten Linken das Wort
entzogen. Als der Abgeordnete Weilmann (Soz.) den
Wunsch aller Parteien zum Ausdruck brachte, festzustellen,
wer bei diesen Vorgängen vor dem Zirkus Busch eine ver-
ächtliche Rolle gespielt habe, erhob sich die Kommunisten
einen tosenden Sturm, der längere Zeit andauerte. Nur mit
Mühe gelang es dem Präsidenten, sich verständig zu machen
und einen Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte
zur Abstimmung zu bringen. Die Debatte wurde gegen die
Stimmen der Kommunisten geschlossen und der Antrag Kay
ebenfalls gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.
In Ausführung der Entschließung der kommunistischen
Protestversammlung vom Montag sprachen Dienstag vor-
mittags im Berliner Polizeipräsidium die Vertreter einiger
kommunistischer Betriebsräte vor, um die Freilassung der
festgenommenen Kommunistenführer zu fordern. Der De-
putation wurde erklärt, nur der Richter hätte zu ermitteln,
ob dieser oder jener Gefangene wieder auf freien Fuß ge-
setzt werden soll.

Wiederum Berliner Blätter melden, daß in den Be-
sprechungen zwischen dem preussischen Minister des Innern,
dem Polizeipräsidenten Richter, Oberregierungsrat Dr. Weich
und Oberst Kauffisch von der Schutzpolizei festgestellt worden
sei, daß die Polizei die Versammlung des Bundes für Frei-
heit und Ordnung am Zirkus Busch nicht rechtzeitig und
nicht mit zahlenmäßig ausreichenden Mannschaften be-
setzt hatte. Es soll eine Untersuchung eingeleitet werden,
um festzustellen, welche Verantwortlichkeiten bei der Polizei-
gruppe Mitte, in deren Bereich der Zirkus Busch liegt, ver-
eint haben. Dienstag abend wurde im Berliner Hof für

Obdacht von der Kriminalpolizei nach Teilnehmern an
den kommunistischen Ausschreitungen vom Sonntag ge-
fahndet. Die polizeiliche Verfolgung der kommunistischen
Urheber der Zusammenkünfte am Zirkus Busch wird fort-
gesetzt. Es wurde aber auch in dem Bunde für Freiheit
und Ordnung eine strenge Untersuchung eingeleitet, da der
Verdacht besteht, daß es sich um einen Verband handelt,
dessen Ziele gegen das Gesetz zum Schutze der Republik
verstoßen.

Der Generalstabschef von Mar Hölz, der Kommunist Ode,
ist in Bochum verhaftet worden. Er soll unter dem Namen
Bernhard Eckhardt aus Berlin im rheinisch-westfälischen
Industriegebiet eine bestialische Agitation gegen das Lieber-
schichtabkommen betrieben und auch in Drenne, Wanne
und Bochum die Menge zu Blinderungen aufgestachelt haben.

Die „Rote Fahne“ meldet, daß der auf Anregung der
Kommunisten gebildete Reichsausschuss der deutschen Ge-
werkschaften beschlossene hat, den für den 22. Oktober an-
gesetzten Reichsbetriebsrätekongress um höchstens 4 Wochen
zu verschieben.

Die Orientkonferenz.

Die Agentur Gagos berichtet, daß Franklin D. Roosevelt
am Montag bei Voincaro darauf bestanden haben, die
Friedenskonferenz möge so bald wie möglich und zwar
zunächst in Smyrna zusammentreten. Es habe den Anschein,
daß der 6. November für die Konferenz ins Auge gefaßt
sei. Die alliierten Regierungen wollten aber aus ver-
schiedenen Gründen nicht in Smyrna tagen, die Regierung
von Angora wiederum wolle keine Stadt in der Schmelz
als Sitz der Konferenz annehmen. Es sei deshalb wahr-
scheinlich, daß die Verhandlungen in Frankreich oder Italien
stattfinden würden.

Wie der Korrespondent des „New York Herald“ in
Konstantinopel mitteilt, hat sich General Darinaton für
überzeugt erklärt, daß die Räumung Thrazien ohne
Wortdaten und Anarchie vor sich gehen werde. Nach der
Ansicht des Generals seien die sensationellen Nachrichten
über die in Thrazien von den Griechen angrichteten Zu-
stände völlig unwahr. Englische Flugzeuge hätten die
angeblich brennenden Dörfer überflogen und festgestellt, daß
sie unberührt seien. Allerdings wäre es verkehrt, sich einer
Täuschung über die furchtbare menschliche Tragödie hinzu-
geben, die jetzt in Thrazien beim Auszug einer Bevölkerung
von 350 000 Köpfen vor sich geht.

Die französischen Minister versammelten sich gestern
im Elysee in Paris unter dem Vorsitz Millerands. Voincaro
erstattete Bericht über die auswärtige Lage.

Bessere Zeiten in England.

In London sollten gestern weitere wichtige politische
Beratungen stattfinden, deren hauptsächlichste die zwischen
Lloyd George und seinen liberalen Kollegen im Kabinett
einschließlich der Unterstaatssekretäre sein sollte. Gestern
vormittag empfing Lloyd George kurz nach seiner Rückkehr
in die Downing Street Lord Curzon. — Lloyd George
bielt gestern gelegentlich der Eröffnung des neuen Amts-
gebäudes der Londoner Hafenbehörde eine Rede, in der er
u. a. sagte, der Handel erhole sich nach und nach. Man
könne wieder besseren Zeiten und größerer Wohlfahrt
entgegensehen. — Lloyd George wird am Sonnabend in
Reeds sprechen.

Die Politik Amerikas.

Aus Washington wird gemeldet: Präsident Harding
erklärt in einem Schreiben, es sei nicht richtig, zu behaupten,
daß die Vereinigten Staaten sich abseits von den Welt-
ereignissen hielten. Die Bestimmungen des neuen Zoll-
gesetzes lieferten die Möglichkeit, die Zollsätze im Einklang
mit den wirtschaftlichen Strömungen abzuändern und seien
deshalb für den Außenhandel der Vereinigten Staaten von
Vorteil. Der Präsident erklärte wörtlich: „Uns abseits
von der übrigen Welt zu halten, wäre das letzte, was uns
in den Sinn käme. Wir wünschen uns nichts so sehr, als
den anderen gefällig zu sein und ihnen nach Maßgabe
unserer Kräfte zu helfen. Das Ziel, das wir zu erreichen
trachten, ist zunächst, uns selbst zu schützen und dann die
aus dieser Politik geschöpfte Kraft zur Mitwirkung am
allgemeinen Wohl der Menschheit zu verwenden.“

Konferenz amerikanischer Diplomaten.

Wie die „Post“ Jtg.“ von unterrichteter Seite erfährt,
wird in den nächsten Tagen in Berlin eine Konferenz
amerikanischer diplomatischer Vertreter aus Mittel- und
Westeuropa abgehalten. Auch der Chef des amerikanischen
Staatsdepartements für weiteuropäische Angelegenheiten
Castles, der sich auf einer Ferienreise in Europa befindet,
wird der Konferenz beizumohnen. — Wie dem WTB, dazu
mitgeteilt wird, handelt es sich um eine informelle Be-
sprechung der amerikanischen Vertreter in den an Deutsch-
land angrenzenden europäischen Staaten, die von dem
Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Fougthon,
angeregt worden ist.

Zur Meldung über den Rücktritt Kraffins.

Die Londoner „Westminster Gazette“ bezeichnet den
von Reuters aus Moskau gemeldeten, jedoch noch nicht be-
stätigten Rücktritt Kraffins als Handelskommissar
der Sowjetregierung als ein Ereignis von beträchtlicher
Bedeutung. Der Rücktritt werde auf die Weigerung der
Sowjetregierung, das Urauhart-Abkommen zu ratifizieren,
zurückzuführen. Die Meinungsverschiedenheiten unter den
verantwortlichen Männern eröffneten die Möglichkeit in-
teressanter Entwicklungen in der Zukunft. Hoffentlich werde
das Foreign Office jetzt über die Lage der Dinge in Ruß-
land besser unterrichtet sein als früher. Schon die aller-
nächsten Monate könnten sehr große Veränderungen in der
künftigen Politik und den kommerziellen Beziehungen zwi-
schen England und Rußland bringen. Hoffentlich sei sich das
Foreign Office darüber klar, welche Bedeutung der Mission
Herriot's zukomme. Es ist festzuhalten, daß Herriot
den Erfolg gehabt habe, wo Urauhart für den Augenblick
seinen Erfolg hatte, und daß kommerzielle Übereinkommen
abgeschlossen würden. Es sei schwierig, derartige Gerüchte
mit der offiziellen Haltung Frankreichs gegenüber Sowjet-
rußland in Einklang zu bringen, aber die Politik Frank-
reichs werde wahrscheinlich sehr realistisch sein. Es be-
stehe die Möglichkeit, daß die offizielle Haltung Frank-
reichs eine Änderung erfahre, denn niemand könne die
Konferenzen von Genua und dem Haag als das letzte Wort
ansetzen, daß die beiden Seiten einander zu sagen hätten.

Die Herabsetzung des Preises für Hausbrandholz nicht möglich.

Auf eine kleine Anfrage erteilt, wie der amtliche
Preussische Preisdienst schreibt, der Minister für Volks-
wohlfahrt zugleich im Namen des Handels- und des Finanz-
ministers folgende Antwort: Die äußerst schwierige Lage
der Mieter besonders in Wohnungen mit Zentralheizungen
hat Veranlassung gegeben, die Frage über die Möglichkeit
einer Senkung der Kosten für den Hausbrand in
Gemeinschaft mit den beteiligten Dienststellen zu prüfen.
Das Hausbrandkomitee des Reichsausschusses un-
tersucht nicht nur den Hausbrand im engeren Sinne, sondern
darüber hinaus die Kohle für die Klein- und Hausindustrie
und die Reparationsholz. Eine Abtrennung und Sonder-
behandlung der eigentlichen Hausbrandholz ist deshalb mit

erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Auch würde der zu
schaffende behördliche Kontrollapparat hohe Kosten erfor-
dern, ohne daß eine Verbilligung von Hausbrandholz immer
wird verhindert werden können. Dazu kommt noch, daß
nach dem Friedensvertrag von Versailles (Art. V § 8 b)
die Anrechnung der Vergütung für Reparationsholz nach
Zinsänderungen zu erfolgen hat. Eine Senkung des Prei-
ses für Hausbrandholz hätte demnach auch eine entspre-
chende Minderung der Vergütung für Reparationsholz
zur Folge, was nicht verantwortet werden könnte. Auf
Grund aller dieser Erwägungen müßte die Frage auf Sen-
kung des Preises der Hausbrandholz zurückgestellt wer-
den. Um den plan- und wirtschaftsmäßigen unmittelbaren
Staatsbeamten und Volksschullehrern die Beschaffung von
Hausbrandholz und Holz für den kommenden Winter zu
erleichtern, hat der Herr Finanzminister inzwischen der
Deutschen Beamtengesellschaft in Berlin einen Betrag
von 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus
welchem auf Antrag Darlehen bis zur Höhe von 4000 Mark
bei Dienstleistungen bzw. 15 000 Mark bei Rentleistungen
gewährt werden.

Die Hochzeitsfeier in Doorn.

Die Niederländische Telephonagentur meldet aus
Doorn: Bei der Hochzeit des ehemaligen deut-
schen Kaisers, die auf den 3. November festgesetzt worden
ist, wird der Bürgermeister von Doorn die bürgerliche
Trauung in der Halle von Haus Doorn vollziehen. Die
kirchliche Trauung wird im Schloß des Hauses stattfinden.
Insgesamt 60 Personen sind zu der Feier eingeladen, von
denen bereits einige eingetroffen sind.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Angelegenheit Emeets. Wie eine sozialdemo-
kratische Korrespondenz mitteilt, soll in der Angelegenheit
der Aufhebung des auf 8 Monate Gefängnis lautenden
Urteils gegen den Hochverräter Emeets in Köln durch
die Rheinlandskommission ein außerordentlich diplomati-
scher Schritt der Vertreter Deutschlands bei den Staaten,
die in der Rheinlandskommission vertreten sind, benehmen.
Beratungen über das Vereinfachungsprogramm der
Postverwaltung. Unter dem Vorhinein des Staatssekretärs
Leucke finden zur Zeit im Reichspostministerium mit den
Präsidenten der Oberpostdirektionen Beratungen statt, die
wichtige Personal- und Betriebsfragen betreffen, namentlich
solche wegen Durchführung des Vereinfachungsprogrammes
der Postverwaltung.

Ein kommunistischer Stadtverordneter zu zwei Wochen
Gefängnis verurteilt. Vor dem Schöffengericht Berlin-
Mitte fand Montag Termin in der Bräuleihsaffäre in der
Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 25. April d. J.
an. Wegen fälschlicher Beibehaltung des Stadtverordneten
Dr. Tropitz (D.V.P.), der einen Fälschungsschlag gegen den Kopf
erhalten hatte, war der kommunistische Stadtverordnete
Josef Ramrock angeklagt. Er wurde zu zwei Wochen Ge-
fängnis verurteilt.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft, die frei-
gewerkschaftliche Beamtenschaft, hielt am Sonntag in
Berlin eine Versammlung ab, in der Abgeordneter Stein-
kopf über die gescheiterten Verhandlungen referierte.
Der Redner griff in bestiger Weise die Regierung und das
Reichsfinanzministerium an. Die Beamtenschaft müsse auf
das schärfste Protest erheben gegen den Regierungsantrag,
einen prozentualen Frauen- und Kinderzuschlag einzuführen.
Zusammenfassend könne man sagen, daß die ganze Vorlage
der Regierung nichts anderes sei als die unmittelbar bevor-
stehende Kräfteprobe zwischen den Ober- und Unterbeamten
oder, besser gesagt, zwischen der Reaktion und der Republik.
Die Beamtenschaft stellt sich, so heißt es in einer Ent-
schließung, zur Erreichung dieser Forderungen hinter die
Spitzenorganisationen und werde eventuell von allen gewerks-
chaftlichen Mitteln Gebrauch machen.

Polen.

Eine deutsche Schule in Rybnik verboten. Wie den
Berliner Blättern mitgeteilt wird, ist in Rybnik von den
Polen die deutsche private höhere Knaben- und Mädchenschule
geschlossen worden, angeblich wegen der Gefährlichkeit der
Räume. Die Deutschen hatten im israelitischen Waisenhaus
Räume gemietet; auch deren Benutzung ist verboten worden.
Die Abrüstungskonferenz. Nach „Rath Kurier“ wird
die Moskauer Abrüstungskonferenz mit den Randstaaten im
November beginnen.

Die russisch-polnischen Verhandlungen über den Eisen-
bahnverkehr werden, wie die Warschauer Blätter melden,
am 26. Oktober in Moskau beginnen.

Ungarn.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit der Tschecho-
slowakei. In Budapest begannen am Dienstag die ungarisch-
tschechoslowakischen Wirtschaftsverhandlungen. Die Vertreter
beider Regierungen erklärten, daß sie die gegenwärtigen Be-
ratungen als Fortsetzung der vorjährigen betrachten, und
gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Wiederherstellung
normaler wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden
Staaten gelingen werde.

Dänemark.

Eine Regierungserklärung. In der Sitzung des
Folketings gab Staatsminister Reergard eine Erklärung
ab, in der es heißt: Die jetzige Regierung wird nach dem
Programm der Wintern arbeiten. Gegenstände von großer
Bedeutung harren noch der Entscheidung, so die Schul-
reform, das Zollgesetz, ein umfassender Plan zur Förderung
des Wohnungsbaues. Durch die neuen Steuererlasse und
verschiedene Sparmaßnahmen ist berechtigte Aussicht
geschaffen, das Gleichgewicht des Staatshaushalts zu er-
langen, das die wichtigste Bedingung für die Rückkehr
geundener finanzieller Zustände ist. Die in der Grenzfrage
getroffene Regelung muß voll respektiert werden und eine
freiwillige, nach beiden Seiten gerechte Ordnung der
Sprachen- und Nationalitätsverhältnisse in den südjütischen
Landesteilen muß ebenso aufrechterhalten und gestärkt
werden, wie wir stets die Bestrebungen zur Erhaltung der
dänischen Sprache und Kultur bei den Dänen jenseits der
Grenze unterstützen werden. Die schwierige Lage des
dänischen Volkslebens unter den unsicheren ökonomi-
schen Verhältnissen, die noch in der Welt herrschen, wird
Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit der Regierung
sein. Es wird nichts verabredet werden, um auf eine
gesunde Weise unsere Erwerbs zu stützen und zu entwickeln.

Sport.

Ein deutsches Segelboot bei dem englischen Wett-
bewerb. Für den großen Wettbewerb im Segelboot, der
von der „Daily Mail“ ausgeschrieben worden ist, wird auf
dem Hfordhügel in der Nähe von Wexms in Sussex ein
großes Lager errichtet, und es sind bereits verschiedene
Flieger angekommen, um hier ihre Übungen auszuführen.
Es sind französische und britische Flieger, die bei den dem-
nächst stattfindenden Wettflügen den Preis von 1000 Pfund
Sterling zu erringen hoffen. Aber unter den Fliegern
befindet sich auch ein deutscher Apparat. „In einem Dampfer“,
heißt es in einer Schilderung, „heißt unaußgesprochen ein großes
deutsches Segelboot, das von dem Flieger Jenes aus
Deutschland mitgebracht wurde. Es ist eine Maschine von
dem Typus, mit dem Denken zwei Stunden in der Luft
bleibt. Man kann seine Umrisse schon erkennen, und es
sammelt sich um diesen Apparat bekümbia Renner, die
mit Aufmerksamkeit betrachten.“